

Beginn: 10.02 Uhr

**Präsident Ulrich Schmidt:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle herzlich willkommen. Mein Gruß gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Plenarsitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren! **Vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich Ihnen noch eine **Änderung zur Tagesordnung der Freitagssitzung** bekanntgeben: Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 in dieser Sitzung auszutauschen, so daß am Freitag zunächst Tagesordnungspunkt 6 und im Anschluß daran Tagesordnungspunkt 5 aufgerufen wird. Ich setze Ihr Einverständnis voraus und bitte daher, diese Umsetzung auch bei Ihrer zeitlichen Terminierung zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1996 bis 2000**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 12/1201

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften** (C)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1202

erste Lesung - Beratung

Wir setzen damit heute die am 4. September unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen mit den Stellungnahmen der Fraktionen fort. Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile zum Beratungsblock

**I. Haushalt**

zunächst dem Kollegen Diegel für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön!

**Helmut Diegel (CDU):** Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, meine Damen und Herren! Vor genau einer Woche stand der Finanzminister dieses Landes hier an diesem Pult. Er hat uns und den Bürgern erläutert, wie der Haushalt dieses Landes für 1997 aussehen soll. Er hat sich dabei, wie vorhersehbar, streng an das Entschuldigungsritual vergangener Jahre gehalten:

1. Der Bund knöpft uns angeblich viel zuviel Geld ab.

(Demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN)

2. Die Steuern sprudeln überraschenderweise nicht so wie erwartet; der Schuldige hierfür ist wieder in Bonn zu suchen.

(Demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN - Stefan Frechen [SPD]: Das ist eine gute Rede!)

- Aha, jetzt wacht der Saal ja langsam auf.

3. Ohne die tolle Sparsamkeit dieser Landesregierung wäre Nordrhein-Westfalen noch viel bankrotter, als es jetzt schon ist.

(Erneut demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

(Diegel [CDU])

- (A) 4. Trotz der schlimmen Situation im Lande wolle die Landesregierung weiter Wohltaten verteilen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

- Vergessen Sie nicht zu klatschen!

5. Und zu guter Letzt verkündet der Finanzminister mal wieder, mittelfristig werde der Haushalt natürlich konsolidiert.

So weit die altbekannte Leier des Finanzministers zur Haushaltseinbringung!

(Beifall bei der CDU)

Abgeordnete, Journalisten und Gäste haben dies geduldig hingenommen, und Sie, Herr Matthiesen, als "Obertrommler" der SPD-Fraktion haben immerhin tapfer versucht, an einigen Stellen Beifall zu spenden.

Haben Sie genau hingeschaut, Herr Finanzminister? Bei Ihrem grünen Koalitionspartner haben sich wenige Hände gerührt. Das ist auch kein Wunder; denn nach Auffassung der GRÜNEN führen Sie, Herr Finanzminister, "die nordrhein-westfälischen Finanzen weiter hinein in eine Spirale aus wachsender Gesamtverschuldung, steigenden Zinslasten und schwindenden Handlungsräumen"

- (B) (Beifall bei der CDU)

- so weit wörtlich der finanzpolitische Sprecher der GRÜNEN, Herr Dr. Bajohr. Und da hat er ausnahmsweise recht, der Herr Bajohr.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Er hat immer recht!)

Herr Finanzminister, die Verantwortung für eigene Fehler zu leugnen, das ist schon bemerkenswert. Hierfür ständig den Bund verantwortlich zu machen, ist nicht nur ein mieser Stil, sondern das nimmt Ihnen langsam auch keiner mehr ab.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich traurig, daß Sie, Herr Finanzminister, wieder einmal nicht mehr tun, als das übliche Ritual zu betreiben. Bei allem verbalen Versteckspiel steht eines fest: Sie haben die Verantwortung für die Landesfinanzen, Sie, Herr Finanzminister, haben die Verantwortung dafür, daß man denen, für die man das Geld verwaltet, auch reinen Wein einschenkt.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das tun wir!)

Sie haben eigentlich die Aufgabe, hier, an diesem Pult, ungeschminkt die Fakten darzulegen, statt wie üblich Schönfärberei zu betreiben. Gerade Sie als Kassenwart des Landes müßten sich doch der Solidität und Wahrheit verpflichtet fühlen!

(Beifall bei der CDU)

Dann hätten Sie berichten müssen, daß sich wichtige Haushaltsstrukturdaten im Vergleich von 1996 auf 1997 verschlechtert haben. So sinkt die Investitionsquote von 11,4 auf 10,5 Prozent;

(Reinhold Trinius [SPD]: Woran liegt das?)

das heißt: Sie haben es geschafft, die Investitionsquote, Herr Trinius, innerhalb von 15 Jahren zu halbieren.

(Beifall bei der CDU)

Geradezu erschreckend ist die Entwicklung bei der Kreditfinanzierungsquote. Diese nämlich steigt dramatisch von 6,9 auf 8 %. Dazu haben Sie, Herr Finanzminister, leider überhaupt nichts gesagt.

Es ist sicher richtig, Herr Schleißer: Haushaltsstrukturdaten allein reichen nicht aus, um die Finanzsituation des Landes ausreichend darzustellen. Diese Daten sind aber Wegweiser für die Richtung, die die Finanzen des Landes nehmen werden. Dies gehört zur Wahrheit und Klarheit dazu.

Zur Wahrheit gehört auch, daß Sie wenigstens einmal, ein einziges Mal die Schuldenlast unseres Landes hätten erwähnen müssen. Die 142 Milliarden DM Schulden, die wir im nächsten Jahr leider erreichen werden, haben Sie in Ihrer Einbringungsrede schamhaft verschwiegen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Wahrheit und Solidität hätte auch gehört, daß Sie den Bürgern erklären, wie sie selbst, ihre Kinder und Kindeskinde diesen Schuldenberg niemals abtragen sollen. Diesen Schuldenberg hat die SPD-geführte Landesregierung in 30 Jahren angehäuft. Und Sie verlieren darüber kein einziges Wort!

(Erneut Beifall bei der CDU)

Mit der lapidaren und wenig fundierten Ankündigung, die Neuverschuldung bis zum Jahre 2000 auf 1 Milliarde DM reduzieren zu wollen, ist es nun wirklich nicht mehr getan. Ihre muntere Mischung von schamhaftem Verschweigen und wie-

(Diegel [CDU])

derholten wortreichen Ankündigungen ersetzt keine finanzpolitische Gestaltung, Herr Finanzminister.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Zu Ihrer Einbringungsrede hätte auch gehört, daß Sie nicht nur unvorhergesehene Ausgaben und fehlende Einnahmen in Höhe von insgesamt 3,3 Milliarden DM nennen. Zur Wahrheit und Klarheit gehört doch ebenso, daß Sie gegenüber der 96er Planung erhebliche Minderausgaben verbuchen konnten. Die Steigerung der Personalausgaben war um 800 Millionen DM geringer, als sie von Ihnen, Herr Finanzminister, erwartet wurde. Im übrigen ist dies kein Ergebnis Ihrer Sparanstrengungen, sondern einfach das Resultat eines moderaten Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst. Und hier muß den Tarifpartnern einmal ein großes Lob ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zinsausgaben liegen um 300 Millionen DM unter dem Niveau, das noch Anfang 1996 erwartet wurde, und sind das Ergebnis eines gleichbleibend niedrigen Zinsniveaus. Das unvorhergesehene Finanzloch - für Sie, Herr Schleißer, natürlich wieder einmal nicht erkennbar -, dieses Finanzloch, das der Finanzminister als Grund für sein drastisches Abweichen vom Konsolidierungskurs nennt, betrug also nicht 3,3 Milliarden DM, sondern nur 2,2 Milliarden DM.

Zur Wahrheit, die Sie hier erklären sollten, gehört weiter, daß es nicht reicht, einfach so schulterzuckend den Rückgang von Investitionen um 600 Millionen DM zu verkünden. Warum sagen Sie denn nicht, daß Sie damit mehr als 7 000 Arbeitsplätze vernichten, Herr Finanzminister?

(Beifall bei der CDU)

Aber für "Grüne Spielwiesen" ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden. Für sie wird das Geld buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Jawohl, so ist das! Das sind mehrere hundert Millionen DM, die wir an anderen Stellen bitter nötig hätten. Fragen Sie doch einmal die Bürger draußen, was sie davon halten, daß sich Nordrhein-Westfalen für 1,9 Millionen DM ein Schwulen- und Lesbenreferat leistet.

(Beifall bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN - Frechen [SPD]: Fragen Sie einmal die Betroffenen!)

(C)

Fragen Sie doch einmal die Bürger, was sie von einer Härtefallkommission halten, die rechtskräftig entschiedene Abschiebungen verhindert!

Fragen Sie doch einmal die Bürger, ob sie es für nötig halten, in Frauenhäusern 244 hauptamtliche Betreuerinnen zu bezahlen!

Fragen Sie doch einmal, ob es nötig ist, Abschiebehaftlingen Taschengeld zu zahlen und auf Landeskosten Rechtshilfe anzubieten!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Sie schüren Ausländerfeindlichkeit! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Herr Appel, die Wahrheit geht noch weiter: Wenn man das Sammelsurium der bunt-alternativen Randgruppenprojekte durchgeht, gewinnt man den Eindruck, daß quer durch das ganze Land auch der letzte arbeitslose GRÜNEN-Funktionär auf Staatskosten eine Stelle erhalten soll.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vom alternativen Feministinnenprojekt über die Schwulen-Initiative bis hin zu bestimmten Dritte-Welt-Gruppen stehen sie alle da und lassen sich vom Land die Taschen mit Staatsknete füllen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Und zur Wahrheit gehört auch: Während dessen verliert der brave Straßenbauarbeiter sein Stelle, weil das Land bei Baumaßnahmen die Investitionszuweisungen streicht.

(Erneuter Beifall bei der CDU - Erneut lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN - Ministerin Höhn: Billig ist das, was Sie da bringen - so etwas von lächerlich! Groschenroman-Niveau! - Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Das ist nicht billig, Frau Höhn, das ist die Wahrheit. Und die Wahrheit tut weh, insbesondere in Ihrer Koalition!

(Beifall bei der CDU)

Zur Wahrheit gehört auch, daß Sie, Herr Finanzminister, nicht nur mit stolzeschwellter Brust verkünden sollten, daß Nordrhein-Westfalen für

(Diegel [CDU])

- (A) Kindergärten annähernd genausoviel ausgeben würde wie alle anderen Bundesländer zusammen. Redlicherweise hätten Sie dazusagen müssen, warum dies so ist. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, daß Nordrhein-Westfalen bei den Kindergartenplätzen hinter allen anderen Bundesländern herhinkt und nun mit massivem Mitteleinsatz das nachholen muß, was alle anderen Bundesländer längst geschafft haben.

(Beifall bei der CDU - Herbert Reul [CDU]:  
Wer zu spät kommt!)

Immer noch fehlen in unserem Land über 30 000 Kindergartenplätze.

Zur Wahrheit gehört schließlich auch, daß Sie seit Anfang der 90er Jahre, als der Arbeitsstab Aufgabenkritik seine Arbeit aufnahm, das Personal nicht reduziert, sondern noch ausgeweitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Im Haushalt 1988 waren rund 334 000 Stellen ausgewiesen, in dem jetzt vorgelegten Entwurf 1997 sind es schon mehr als 345 000. Das ist unter dem Strich eine Personalausweitung um mehr als 10 000 Stellen. Sie haben es tatsächlich geschafft, Herr Finanzminister, seit Ihrem Amtsantritt im Jahre 1988 den Personalhaushalt unseres Landes um über 10 000 Stellen aufzublähen. Wo bleibt da Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Finanzminister?

(B)

(Beifall bei der CDU)

"Wer beim Personal weitermacht wie bisher, gefährdet die Erfüllung öffentlicher Aufgaben und wichtige öffentliche Investitionen." - Von wem stammen wohl diese Worte? Von Ihnen, Herr Schlußer! Von Ihnen stammen diese Worte, nachzulesen im "Focus" vom März 1996.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist schlichtweg unredlich, dem staunenden Publikum von rund 22 000 hart erkämpften, künftig wegfallenden Stellen zu erzählen und gleichzeitig zu verschweigen, daß das Land in Wirklichkeit ständig mehr Leute beschäftigt.

Zur Wahrheit, die eine redliche Landesregierung auch nicht verschweigen sollte, gehört schließlich, daß die nordrhein-westfälischen Steuereinnahmen deshalb immer magerer ausfallen, weil der Landesanteil am Bruttoinlandsprodukt immer weiter zurückgeht. Das bedeutet im Klartext: Im

Konzert mit anderen Bundesländern spielt Nordrhein-Westfalen einen immer schwächeren Part.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal, wer in den Länderfinanzausgleich ein-zahlt!)

Weniger Wirtschaftskraft bedeutet immer weniger Steuereinnahmen, Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

1975, als Nordrhein-Westfalen noch relativ stark war, erwirtschafteten wir 28,2 % des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Nun, zwanzig Jahre später, ist unser Anteil unter den alten Ländern auf weniger als 25 % geschrumpft. Wie ist das nur möglich? - So sehen die Folgen langjähriger sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik aus!

(Beifall bei der CDU)

Die augenfälligen Ergebnisse beklagen wir jeden Tag. Wir haben eine "Selbständigenlücke" von 80 000 selbständigen Existenzen zu beklagen, die uns im Ländervergleich fehlen. In Nordrhein-Westfalen sind nur 12,4 % der Beschäftigten Selbständige. Im Bundesdurchschnitt sind es 18,5 %, in Bayern sogar über 20 %. Selbständige sind nicht nur gute Steuerzahler, sie schaffen auch Arbeit. Im Durchschnitt beschäftigt jeder Selbständige acht bis zehn Mitarbeiter. Das heißt für Nordrhein-Westfalen, daß wir ohne diese fatale "Selbständigenlücke" 600 000 bis 800 000 Arbeitsplätze mehr in Nordrhein-Westfalen hätten.

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die sich jahrzehntelang fast ausschließlich um die Stützung der kränkelnden Großkonzerne im Ruhrgebiet drehte, hat darüber die Mittelstands- und Selbständigenförderung sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Mit fatalen Folgen, Herr Trinius: In manchen Städten des Ruhrgebiets ist die Arbeitslosigkeit mittlerweile so hoch wie in den sich gerade erst wirtschaftlich entwickelnden neuen Bundesländern.

(Minister Wolfgang Clement: Unsinn!)

Die fatalen Folgen verfehlter sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik gehen aber noch viel tiefer. Wenn der Anteil Nordrhein-Westfalens am Bruttoinlandsprodukt der alten Länder in den

(Diegel [CDU])

vergangenen zwanzig Jahren um 3,4 % zurückgegangen ist, dann bedeutet das auch, daß uns in diesem Jahr rund 8 Milliarden DM an Steuereinnahmen fehlen. Die hätten wir heute, wenn wir unseren Anteil im Konzert der Länder wenigstens konstant gehalten hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Diegel, würden Sie eine Frage von Herrn Dr. Bajohr beantworten wollen?

(Oh-Rufe von den GRÜNEN)

**Helmut Diegel (CDU):** Er kann sich hier nachher noch richtig auslassen.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Also nicht.

(Oh-Rufe von den GRÜNEN)

**Helmut Diegel (CDU):** 8 Milliarden DM fehlende Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, das ist mehr als die Neuverschuldung, die uns der Finanzminister heute präsentiert. Wenn wir in der Zeitschiene zurückschauen, wird das Ausmaß der hausgemachten Wirtschaftsmisere noch deutlicher.

Ich stelle fest: Steuereinnahmen in der Größenordnung von 80 Milliarden DM sind dem Land Nordrhein-Westfalen in den letzten zwanzig Jahren entgangen.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten zudem Zinsausgaben sparen können in der Größenordnung von weiteren 40 Milliarden DM. Bei einer ordentlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik hätten wir in Nordrhein-Westfalen 120 Milliarden DM mehr in der Landeskasse haben können. Zur Erinnerung: Der Schuldenberg Nordrhein-Westfalens beträgt schon heute 135 Milliarden DM.

Ich will ehrlich sein: Auch eine CDU-geführte Landesregierung hätte vor den gleichen Problemen gestanden. Aber wir hätten die Einnahmen nicht aus den Augen verloren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Geld ausgeben kann jeder; es aber so einzusetzen, daß es auch Früchte trägt, das ist die finanzpolitische Kunst, Herr Finanzminister. (C)

(Bodo Champignon [SPD]: Das sagen Sie einmal Herrn Waigel!)

Es ist einfach unverantwortlich, die Investitionsausgaben des Landes auf 10 % zu fahren. Bayern investiert das Doppelte. Selbst der Durchschnitt aller Investitionsausgaben der Länder liegt um 50 % über dem nordrhein-westfälischen Wert.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, wir können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Deshalb müssen wir uns heute eben mit diesem Sanierungsfall Haushalt befassen. Dieser Haushalt hat mit Ehrlichkeit, mit Klarheit und Wahrheit nun wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister beziffert die Steigerung der Personalkosten auf 0,8 %. Er sagt aber nichts dazu, daß sein 96er Ansatz für Personalkosten längst überholt ist. Nach seiner eigenen Aussage spart er durch den moderaten Tarifabschluß im Jahre 1996 rund eine halbe Milliarde DM. Um diesen Betrag müßte der Personalkostenansatz von 1996 redlicherweise reduziert werden. Tut man dies, beträgt die Steigerungsrate allerdings nicht 0,8 %, wie der Finanzminister sagt, sondern 2,2 %. (D)

(Beifall bei der CDU)

Gleiches gilt für die Steigerungsrate bei den Steuereinnahmen. Der Finanzminister prognostiziert für 1996 rund 1,7 Milliarden DM weniger Steuern als ursprünglich erwartet. Dies bedeutet aber, daß die Zunahme der Steuereinnahmen von 1996 auf 1997 nicht 1,5 %, sondern 4,1 % beträgt.

(Beifall bei der CDU)

Weiter: Der Finanzminister beziffert die Neuverschuldung auf 7,1 Milliarden DM. Dabei verschweigt er schamhaft, daß sein Finanzloch heute mehr als 8 Milliarden DM beträgt. 792 Millionen DM entnimmt er schon der "Allgemeinen Rücklage". Das sind ebenfalls kreditfinanzierte Gelder, die in den vergangenen Jahren im Rücklagentopf angesammelt wurden. Weitere 142 Millionen DM entnimmt der Finanzminister dem sogenannten Grundstock, um damit den in seinem

(Diegel [CDU])

- (A) Auftrag erstellten Neubau des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu finanzieren.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist doch solide!)

Gerade hier haben wir ein anschauliches Beispiel für die Schleißerschen Finanztricks. An den Grundstock für Baumaßnahmen kommt der Finanzminister eigentlich nicht heran, weil dieser Topf mit Erlösen von Grundstücksverkäufen gespeist wird und weil mit ihm im Gegenzug auch nur Grundstücke erworben werden dürfen.

Statt - wie üblich - ein Grundstück zu kaufen und dann auf ihm einen Neubau zu errichten, kauft er das Grundstück nun erst, wenn der Neubau fertig ist, und - siehe da - der Grundstock finanziert nun auch die gesamte Baumaßnahme.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Hätte er einen Altbau kaufen sollen?)

Ein noch perfekteres Zauberkunststück präsentiert uns Minister Schleißer im Bereich der Investitionen. Er stand vor folgendem Problem: Er hatte die Neuverschuldung mit 7,1 Milliarden DM an die Obergrenze dessen getrieben, was möglich war. Dann hat er die Allgemeine Rücklage abgeräumt und den Grundstock geplündert - und trotzdem fehlten ihm noch 600 Millionen DM, um den Haushalt auszugleichen.

(B)

Also nimmt er sich jetzt als nächstes den Investitionshaushalt vor. Sein Problem bei dieser Sache: Seine eigene Fraktion hatte am 11. Juni 1996 Grundsätze für den Haushalt beschlossen. In dem Papier der SPD steht unter anderem der richtige und wichtige Satz: "Ein weiteres Absinken der Investitionsquote darf nicht hingenommen werden!"

(Zurufe von CDU und SPD)

Da der Finanzminister den Griff in die Investitionskasse aber nicht lassen konnte oder wollte, mußte es wenigstens so aussehen, als sei wieder der böse, böse Bund daran schuld. Wie macht man das nun? Für Heinz Schleißer, den Meister der Illusionisten, kein Problem, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Er geht erst einmal in aller Ruhe hin und streicht Landesinvestitionen in Höhe von 600 Millionen DM zusammen. Dann nimmt er sich die In-

vestitionszuweisungen des Bundes vor. Da gibt es Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes, die 1997 in Höhe von fast 600 Millionen DM weniger anfallen. Zum Ausgleich gewährt der Bund jedoch fast 600 Millionen DM nach dem neuen Regionalisierungsgesetz. Das sind auch Investitionszuweisungen des Bundes, die ebenso wie die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz an die Kommunen weiterzuleiten sind.

Diese Mittel wurde bislang als Investitionsmittel vereinnahmt und auch als solche verausgabt. Die Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz aber verbucht unser schlauer Finanzminister nun als allgemeine Einnahmen, verausgabt sie aber wieder als Investitionen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha!)

Und siehe da, auf dem Papier sind plötzlich die Landesinvestitionen konstant, während der Bund seine Investitionszuweisungen um 600 Millionen DM zurückfährt.

(Oliver Wittke [CDU]: Taschenspielerlei!)

Das Zauberkunststück ist wieder mal geschafft: Der böse Bund ist an der Absenkung der Investitionen schuld. Tja, meine Damen und Herren, das ist Heinz Schleißer, der David Copperfield der Landesfinanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn dieser Taschenspielertrick nur der Schönfärberei diene, wäre es schon schlimm genug. Aber die Angelegenheit ist doch viel ernster. Der Finanzminister selbst hat in seinem letztjährigen Finanzbericht ausdrücklich erklärt, daß derartige Mittel richtigerweise nicht als laufende Zuweisungen, sondern als Investitionsausgaben zu buchen sind, da ansonsten die eigenfinanzierten Investitionen zu hoch ausgewiesen wären. Das ist einleuchtend; das sehen wie genauso, Herr Finanzminister.

Aber: Bucht man nun die Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz entsprechend um, so bleiben die Bundesinvestitionen wie im Vorjahr bei 2,6 Milliarden DM. Die eigenfinanzierten Investitionen des Landes betragen jedoch nur noch 6,7 Milliarden DM. Die Neuverschuldung von 7,1 Milliarden DM übersteigt damit die durch die Verfassung gesetzte Verschuldungsgrenze um 400 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

(Diegel [CDU])

Mit einem Wort: Ihr Haushalt, Herr Finanzminister, ist schlichtweg verfassungswidrig.

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie uns das erklären, Herr Finanzminister? Da bin ich mal gespannt.

Erklärungsbedarf haben Sie derzeit ja auch noch auf einem anderen Gebiet, Herr Finanzminister! Wir machen uns Sorgen um die Zukunft und das Image der WestLB, unserer Landesbank. Noch bedenklicher finden wir Ihre "Ich-weiß-von-nichts-Reaktion."

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Schleißer, der Sie nicht nur als Finanzminister den Steuerhinterziehern das Handwerk legen müssen, sondern auch als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der WestLB eine Aufsichtspflicht zur Verhinderung krimineller Akte haben, wollen tatsächlich von all dem nichts gewußt haben?

Sie wollen tatsächlich nichts davon bemerkt haben, daß am Dienstag vergangener Woche die bundesweit größte Durchsuchungsaktion in der Bankengeschichte Deutschlands anrollte? Sie wollen tatsächlich nichts davon bemerkt haben, wie zig Staatsanwälte und allein 600 Steuerfahnder auf ihren Einsatzort WestLB vorbereitet wurden?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist eine miese Tour, die Sie da machen! - Erregte Zurufe und Widerspruch von der CDU)

- Herr Matthiesen, ich hatte eigentlich gedacht, Sie hätten Ihr letztes Wort schon gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Selbst bei der Deutschen Bank wurde nach Angaben des wohlinformierten "Spiegel" Alarm gegeben. Allein in Düsseldorf waren für Steuerfahnder rund 80 Hotelzimmer gebucht worden. Es war ein Fehlalarm für die Deutsche Bank: Die Beamten planten den Einsatz bei der WestLB!

(Minister Wolfgang Clement: Sie haben den "Spiegel" gut gelesen. Das ist alles, was Sie zu bieten haben!)

Und Sie, Herr Finanzminister, wollen uns sagen, Sie wußten von nichts? Ist das nicht ein bißchen viel Nichtwissen, Herr Finanzminister? In all Ihren Ämtern und Funktionen den Ahnungslosen zu spielen, Herr Finanzminister, das kommt uns doch sehr komisch vor!

(Beifall bei der CDU)

Auch hier bin ich gespannt, wie Sie uns das erklären wollen. (C)

Gleichgültig, wie das Ermittlungsverfahren gegen die WestLB ausgeht, wieder kommt ein Politiker bzw. ein Minister ins Gerede. Das bestärkt uns, die CDU-Fraktion, nur in unserer alten Forderung: "Raus mit den Ministern aus den Aufsichtsräten!"

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gleich die Gelegenheit, sich hier hinzustellen und die wirkliche Lage der Finanzen ungeschminkt darzustellen. Mit einer solchen Richtigstellung könnten Sie bei allen Seiten, auch und gerade bei der CDU, Achtung und Respekt zurückgewinnen.

Statt den Landeshaushalt in der gebotenen Ausführlichkeit darzulegen, haben Sie sich, Herr Finanzminister, in der vergangenen Woche groß und breit über die Steuerpolitik des Bundes ausgelassen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Zu Recht!)

Aber auch da sind Sie und Ihre Partei voller Widersprüche, Herr Trinius. Während Sie, Herr Finanzminister, sich hier im Plenum für die Beibehaltung der Vermögensteuer aussprechen, erklärt Ihr rheinland-pfälzischer Kollege, der SPD-Ministerpräsident Kurt Beck, die Vermögensteuer gehöre abgeschafft. (D)

Sie, Herr Finanzminister, vertreten hier die skandalöse Meinung, daß die Ertragsbelastungen der Wirtschaft so niedrig seien wie nie zuvor und bei einer Steuerreform keine Nettoentlastung der Unternehmen anzustreben sei.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Tatsache!)

Dem widerspricht der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ernst Schwanhold - übrigens zu Recht. Er kritisiert ausdrücklich das Schleißer-Konzept, indem er ausführt, die steuerliche Belastung der Unternehmen in Deutschland sei relativ hoch und vor allen Dingen ungleich verteilt.

Herr Finanzminister, bevor Sie sich zu Thesen zur Steuerreform oder anderen bundespolitischen Themen auslassen, stimmen Sie doch Ihre Thesen besser vorher in der SPD ab!

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger, meine Damen und Herren, erwarten zu Recht, daß ihnen keine Märchen erzählt werden. Sie erwarten von den Politikern Wahrheit und Klarheit. Und sie erwarten, daß wir Politiker

(Diegel [CDU])

- (A) bei den zentralen Existenzfragen endlich von überholten Ritualen Abstand nehmen. Sie erwarten, daß wir alle parteipolitisches Kalkül beiseite schieben und endlich an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, das Staatsschiff wieder flott zu machen.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Dann reden Sie einmal mit Herrn Waigel!)

Die CDU ist dazu bereit. Und, Herr Finanzminister, inhaltlich sind wir in einigen Bereichen ja auch gar nicht so weit voneinander entfernt.

So haben Sie bei Ihrer Einbringungsrede ausführlich zu den bedrohlich wachsenden Personalkosten Stellung genommen. Sie haben gefordert, über Ressortgrenzen hinweg müsse das Angebot an Arbeitskräften in kw-behafteten Bereichen abgeglichen werden. Dabei haben Sie unsere volle Unterstützung.

Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß Ihr Vorhaben eine Änderung des Haushaltsgesetzes 1997 bedingt. Der derzeitige § 7 Abs. 6 ist hier völlig unzureichend. Wir schlagen deshalb vor, eine zentrale Stellenbörse einzurichten, bei der alle künftig wegfallenden Stellen gespeichert werden.

- (B) (Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Donnerwetter!)

Alle Ressorts müssen verpflichtet werden, freiwerdende Stellen nur dann extern nachzubeseetzen, wenn die Stellenbörse eine Nachbesetzung mit Stelleninhabern von kw-Vermerken nicht möglich macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin überzeugt, daß durch eine derartige ressortübergreifende Stellenbörse die kw-Vermerke wesentlich schneller realisiert werden können.

(Roland Appel [GRÜNE]: Aber auf die Qualifikation müssen Sie verzichten!)

Ziel sollte sein, jährlich über die beschleunigte Inanspruchnahme von kw-Vermerken ein Prozent des Stellenbestandes des Landes abzubauen. Das wären jährlich rund 3 400 Stellen, was einer Einsparung von rund 270 Millionen DM entspricht. Das sind bis zum Ende der Legislaturperiode 13 600 Stellen, und das bedeutet eine Einsparung von über einer Milliarde DM.

Im übrigen wäre es auch zwingend notwendig, die Personalausgaben gesetzlich bei der Obergrenze von 50 Prozent der Steuereinnahmen zu deckeln.

(Beifall bei der CDU)

Der Anstieg der Pensionslasten wird sich ohne weiteres für die nächsten Jahre berechnen lassen. Der bis zur 50-Prozent-Grenze verbleibende Betrag muß zwingend für die Löhne und Gehälter des aktiven Personals ausreichen. Dementsprechend muß der Personalabbau gesteuert werden.

Herr Finanzminister, wir waren erfreut, von Ihnen zu hören, daß Sie endlich Maßnahmen zur Senkung der Pensionslasten ins Auge fassen. Da werden Sie unsere volle Unterstützung finden.

Unser Fraktionsvorsitzender fordert schon seit langem, daß sich die Beamtenpensionen nicht nach dem letzten Einkommen, sondern - wie in allen anderen Bereichen auch - am Durchschnittsgehalt orientieren sollten. Es hat mich gefreut zu hören, daß Sie, Herr Finanzminister, sich diesem Gedanken jetzt ebenfalls langsam öffnen.

Auch auf die von Ihnen kürzlich angesprochene Problematik der Frührentierung hat die CDU bereits mehrfach hingewiesen. Das durchschnittliche Lebensalter beim Eintritt in den Ruhestand ist von 1979 bis 1995 von 61 auf 58 Jahre gesunken. Lehrer, wertefrau Kollegin Behler, gehen im Durchschnitt heute bereits mit 57 Jahren in Pension.

Durch ein Bündel von Maßnahmen muß es uns gelingen, das durchschnittliche Pensionsalter wieder deutlich zu erhöhen. Hierzu gehört der Abbau nicht wirklich erdienter Anrechnungszeiten ebenso wie eine erweiterte Versetzbarkeit und Verwendbarkeit von Beamten in fachfremden Funktionen.

Gelänge es uns, das durchschnittliche Pensionsalter um ein Jahr nach oben zu verschieben, würde dies die Pensionskasse des Landes um rund eine halbe Milliarde DM jährlich entlasten.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schleißer, ich nenne noch einen weiteren Punkt, bei dem Sie unsere Unterstützung finden werden, wenn es um die Verringerung von Personalkosten geht. Ich meine die Rückkehr zur Vierzigstundenwoche für Beamte. Ich weiß, daß wir den Beamten damit wieder ein Sonderopfer auf-



bürden. Ich weiß, daß es nicht populär ist, derartiges zu fordern. Aber ich meine, daß es in Notzeiten die besondere Treuepflicht des Beamten für den Staat gebietet, durch Mehrarbeit ein Sonderopfer zu bringen.

Viele pflichtbewußte Beamte werden sich durch eine derartige Maßnahme nicht betroffen fühlen, da sie bereits jetzt 40 Stunden und mehr arbeiten. Für alle anderen bedeutet es 4 % mehr Arbeit für eine begrenzte Zeit. Bei 255 000 Beamten in Nordrhein-Westfalen bedeuten diese 4 % rein rechnerisch ein Äquivalent von 10 200 Planstellen; das macht ein Kostenvolumen von mehr als 800 Millionen DM jährlich aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Eines ist klar: Die Rückkehr zur Vierzigstundenwoche soll und kann nicht auf breiter Front zum Personalabbau führen. Es wäre jedoch schon viel erreicht, wenn damit die immer wieder beklagten Personalengpässe bei Polizei und Justiz, bei Schulen, bei Hochschulen und bei der Finanzverwaltung beseitigt würden.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Finanzminister, bin ich der Auffassung, daß wir noch längst nicht am Ende unserer Möglichkeiten angelangt sind. Aber es gehören Mut und Stehvermögen dazu, auch unpopuläre Entscheidungen nicht nur anzukündigen, sondern auch zu treffen.

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, sind bereit, auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen. Wir verweigern uns nicht, wie dies die SPD-Opposition auf Bundesebene aus rein populistischen Gründen ständig tut.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch viele Bereiche des Landeshaushalts, in denen gemeinsame Kraftanstrengungen notwendig sind. Ich nenne zunächst einmal die Verwaltungsstruktur, deren Umbau und Verschlan- kung hin zu einer einheitlichen Mittelbehörde Tau- sende Stellen sparen würde. Auch hier gilt es, nicht mit großen Worten auf der Stelle zu treten, sondern endlich einen großen Modernisierungsschritt zu wagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne zum Beispiel die Subventionen, die alle auf den Prüfstand gehören. Man unterscheidet bei den Subventionen zwischen solchen auf freiwilliger, vertraglicher und gesetzlicher Basis. Bei den

freiwilligen und den gesetzlichen Zuweisungen könnten wir mit dem Subventionsabbau sofort beginnen. Hier sind Sie gefordert, Herr Finanzminister. Wir warten auf Ihre Vorschläge! (C)

(Beifall bei der CDU)

Nur eine Anregung: Der Subventionsabbau könnte zum Beispiel mit einer 5%igen linearen Kürzung beginnen. Oder, Herr Finanzminister, Sie streichen einzelne Subventionen, bis Sie die 5 %-Grenze erreichen.

Herr Finanzminister, packen Sie doch endlich einmal etwas an! Gestalten ist gefragt, nicht nur Verwalten. Herr Finanzminister, lichten Sie doch endlich einmal Ihren Subventionsdschungel! Und dazu gehören alle Zuweisungen und Zuschüsse, die keine Investitionen sind. Ohne die Mittel für die Kommunen sind das immer noch über 15 Milliarden DM. Der Subventionsdschungel reicht von der Förderung der Pferdezucht über die Kleingarten- und die Vereinsförderung, über die Förderung von Schwulen- und Lesbenverbänden und Sozialbüros bis hin zur Förderung von Rennvereinen und Totalisatorstellen.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der Finanzpolitik nicht schnellstens radikal umsteuern, dann ist dieser Staat bald nicht mehr finanzierbar. Das Gebot der Stunde ist: alles Entbehrliche über Bord werfen und Reserven mobilisieren. Konsolidierung im Bereich der öffentlichen Haushalte ist derzeit das oberste Ziel. (D)

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Der Bund bleibt bei seinen Ausgaben im kommenden Jahr daher um 2,5 % unter dem Niveau des Vorjahres. Auch der Haushalt der Europäischen Union wird für 1997 geringer sein als im Vorjahr. Demgegenüber agiert die rot-grüne Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen wie in Wirtschaftswunderzeiten und sattelt für 1997 noch weitere 2,4 % drauf.

(Beifall bei der CDU)

Ich will dem Finanzminister ja durchaus zugute halten, daß er gern sparen würde.

(Minister Schleißer: Das stimmt!)

Aber die Begehrlichkeiten des grünen Koalitionspartners und der "Fachbruderschaften" in seiner eigenen Partei sind eben stärker als alle Sparwünsche.

(Beifall bei der CDU)

(Diegel [CDU])

- (A) Letztlich kommt Nordrhein-Westfalen aus seiner Schuldenfalle nur dann wieder heraus, wenn alle, wir alle, an einem Strang ziehen.

Die CDU-Fraktion hält es in Anbetracht der katastrophalen Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen daher für dringend geboten, eine interfraktionelle Kommission zur Haushaltskonsolidierung zu bilden, die sich den grundsätzlichen Aufgabenstellungen der Umsteuerung widmet und die binnen Jahresfrist Ergebnisse vorlegen muß.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Aufgabenstellung dieser Kommission wäre beispielsweise:

- Privatisierung von Landesvermögen zur Entschuldung und Investitionsstärkung,

(Beifall bei der CDU)

- die Begrenzung des Ausgabenzuwachses,
- die Durchforstung des Subventionshaushalts,
- die Neuordnung der Finanzhilfen,

(Beifall bei der CDU)

- der beschleunigte Personalabbau und die Begrenzung der Personalausgaben,

(Beifall bei der CDU)

(B)

- die Modernisierung der Finanzverfassung,
- die Verbesserung der Finanzkontrolle,

(Beifall bei der CDU)

- die Begrenzung und der anschließende Abbau der Verschuldung

(Beifall bei der CDU)

- sowie die Stärkung der investiven Ausgaben, um mittelfristig die Einnahmen wieder zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Alle diese Themen, meine Damen und Herren, brängen uns unter den Nägeln. Sie betreffen uns alle unmittelbar, nicht nur als Politiker und Abgeordnete, sondern auch als Bürger, die um die Zukunft ihres - und unseres - Landes fürchten müssen.

Ich appelliere an das Plenum, sich einer Zusammenarbeit und konstruktiven Vorschlägen nicht zu verweigern. Die CDU ist bereit, auch ohne Regierungsbeteiligung Verantwortung zur Haushaltskonsolidierung zu übernehmen.

Wir stellen uns unserer staatspolitischen Verantwortung. Stellen Sie sich der Ihren! - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke dem Kollegen Diegel und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Trinius das Wort.

**Reinhold Trinius (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung beschlossene Haushaltsentwurf einer Koalitionsregierung - in der letzten Woche hier eingebracht - ist Zeichen einer soliden und verantwortungsvollen Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Er bildet eine hervorragende Grundlage für die Beratungen in den Fachausschüssen und im Haushalts- und Finanzausschuß. Wir brauchen keine zusätzlichen Gremien, Herr Kollege Diegel, wenn wir unsere Arbeit in den Fachausschüssen und im Haushalts- und Finanzausschuß leisten!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Diese Solidität möchte ich mit einem Blick auf die Steigerungsrate des Haushaltes gern unterstreichen, von der Sie nicht gesprochen haben.

Angesichts der schlimmen Entwicklung der öffentlichen Einnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt, angesichts der konjunkturellen Lage und in Anbetracht der Herausforderungen von Maastricht hat sich der Finanzplanungsrat für alle öffentlichen Ebenen zum Ziel gesetzt, daß die Ausgaben 1997 um nicht mehr als 2 % steigen sollten.

Legt man nun die Kriterien desselben Finanzplanungsrates zugrunde, was als originäre Ausgabe eines Landes angerechnet werden soll und was nicht, dann haben wir es mit einem Haushaltsentwurf zu tun, der auf der Ausgabenseite nicht um 2 %, sondern lediglich um 0,9 % steigt.

(Bodo Champignon [SPD]: Hinhören!)

Das ist die Situation, und das macht deutlich, welche Kraftanstrengung das Land zu einer soliden Haushaltswirtschaft unternommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt: Trotz dieser Anstrengung muß die Nettokreditermächtigung gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht werden. Das hat damit zu tun, daß sich die Steuereinnahmen in der Tat nicht so entwickeln, wie sich das die Haushaltspolitiker noch vor einem Jahr vorgestellt haben.

In dem Zusammenhang will ich auf einige Verschlechterungen bei den Haushalten hinweisen. Ein Jahr nach der Mai-Steuerschätzung von 1995 mußte die Steuerschätzung allein für das Land Nordrhein-Westfalen um 2,3 Milliarden DM zurückgenommen werden. Das können wir nicht beeinflussen. Wir haben es - von einem Jahr zum anderen - mit einem Fehlschätzungsvolumen der Steuerschätzungsgruppe von 70 Milliarden DM für die Bundesrepublik insgesamt zu tun. Davon sind alle Ebenen betroffen. 2,3 Milliarden DM weniger auf der Einnahmenseite, nicht beeinflussbar vom Land, Mehrausgaben für den Länderfinanzausgleich! Mit 1,5 Milliarden DM tragen wir zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik Deutschland bei. Das macht schon einmal 3,8 Milliarden DM. Und dazu kommen gesetzliche und vertragliche Mehrausgaben in einer Größenordnung von 600 Millionen DM. Dies ergibt eine Größenordnung von 4,4 Milliarden DM, die wir, wie immer wir sparen wollen, nicht beeinflussen können.

Und bei diesen 600 Millionen DM, Herr Kollege Diegel, geht es unter anderem um 200 Millionen DM für die Kohle, aus der Sie sich immer schön zusammen mit der Koalition in Bonn nach und nach verabschieden wollen. Das sind zusätzliche Leistungen, die auf das Land zukommen und die wir auch erbringen. Sie müssen hier sagen, ob Sie zu diesen Leistungen des Landes zu Mehrausgaben von 200 Millionen DM für die Kohle, stehen oder nicht. Das Land hat einen Anspruch darauf, das von der CDU zu erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Von diesen 4,4 Milliarden DM trägt das Land 3,3 Milliarden DM. 1,1 Milliarden DM müssen die Gemeinden leisten. Daß hängt mit der Aufteilung der Lasten zusammen, die wir insgesamt zwischen Ländern, Gemeinden und dem Bund haben.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zur Entwicklung der Ausgabearten machen. Natürlich springen sofort die Investitionen ins Auge. Sie haben sich darüber breit ausgelassen, aber Sie sind über ihre eigenen Rechenkünste gestolpert. Denn: Investitionszuweisungen des Bundes wer-

den auf die Investitionsausgaben des Landes als originäre Landesausgaben nicht angerechnet. Die Investitionsquote des Landes bezieht sich immer auf das, was das Land aus eigenen Mitteln für Investitionen bereitstellt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und allein die Umstellung im Gemeindefinanzierungsgesetz - weg von den investiven Mitteln bei den Zweckzuweisungen und hin zu den für die Gemeinden allgemein verwendbaren Mitteln bei den Schlüsselzuweisungen - macht ein Volumen von 600 Millionen DM aus. Das ist genau der Betrag, um den die Investitionssumme im Landshaushalt sinkt. Das heißt, die originären Leistungen des Landes für Investitionen steigen sogar. Sie sinken nicht.

Sie alle haben gefordert - alle Kommunalpolitiker -, daß mehr allgemeine Zuweisungen an die Gemeinden gegeben werden sollten und weniger auf bestimmte Investitionen zielende Zweckzuweisungen. Dazu müssen Sie dann auch stehen. Wenn hier in einem Landesgesetz etwas umgesetzt wird, für das Sie noch vor einem Dreivierteljahr im Landtag gestritten haben, müssen Sie für Ihre damaligen Forderungen auch jetzt eintreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Eine deutliche Sprache spricht ebenfalls die Entwicklung im Länderfinanzausgleich. Sehen Sie, Herr Kollege Diegel, das Land Nordrhein-Westfalen steht vor all den Maßnahmen des Länderfinanzausgleichs an vierter Stelle unter den Ländern des Bundes - an vierter Stelle nach der Finanzstärke. Wenn alle Maßnahmen abgewickelt sind - Umsatzsteuerausgleich, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, Bundessonderergänzungszuweisungen -, muß man sich einmal ansehen, was für das Land Nordrhein-Westfalen noch übrigbleibt. Dann sind wir nicht mehr an vierter Stelle nach der Finanzstärke, sondern stehen an 16., an letzter Stelle. Da muß im Länderfinanzausgleichsystem und im System der Bundesergänzungszuweisungen etwas falsch sein. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Konstruktionsfehler. Dabei ist richtig, daß die neuen Länder durch diese Ausgleichsmaßnahmen natürlich nach vorn kommen und sogar die Plätze 1, 2, 3, 4 und 5 einnehmen müssen, was die Ausgabemöglichkeiten pro Einwohner betrifft. Das muß so sein. Aber es kann nicht

(Trinius [SPD])

- (A) sein, daß ein in den Ausgleich zahlendes Land, das am Anfang an vierter Stelle steht, am Ende den letzten Platz einnimmt. Das kann nicht sein.

Nun muß man auf etwas anderes hinweisen. Sie meinten ja, in Nordrhein-Westfalen sei das alles besonders schlimm. Die steuerlichen Einnahmen, Herr Kollege Diegel, sinken bei allen Ländern und fließen nicht so, wie man das erwartet hatte. Aber in Baden-Württemberg und in Hessen gehen die steuerlichen Einnahmen stärker zurück als bei uns. Das heißt, auch die Wirtschaftskraft von diesem Land Nordrhein-Westfalen muß doch im Vergleich zu den anderen Ländern relativ zugenommen haben. Sonst wären solche steuerlichen Entwicklungen überhaupt nicht zu erklären.

Die steuerlichen Einnahmen gehen zurück. Gleichzeitig muß das Land mehr zahlen, weil die steuerlichen Einnahmen in anderen Ländern noch stärker sinken als bei uns, so daß wir bei zurückgehenden Steuern relativ stärker werden. Das sind Umstände, die Sie nicht beeinflussen können, die zur gerechten Beurteilung des eingebrachten Haushalts aber beitragen und erklären, womit wir es hier zu tun haben. An diesen plus 1,5 Milliarden DM, an diesen 3,3 Milliarden DM, Herr Kollege Diegel, kommen Sie mit kleinen Mätzchen nicht vorbei. Das decken Sie auch nicht, indem Sie sagen, da würden Frauenhäuser gefördert und ich weiß nicht, was alles noch. Glauben Sie bloß nicht, daß diese Frauenhäuser lediglich von GRÜNEN-Funktionären unterhalten werden.

(B)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben wir auch nicht gesagt!)

Das ist ein großer Irrtum. Es gibt vielmehr auch Vereinigungen katholischer Frauen, die sich damit beschäftigen und froh sind ...

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört!)

- Aber sicher habe ich zugehört. Die grünen Funktionäre sind mir doch im Ohr geblieben. Auf die hatten Sie es doch abgesehen. - ... daß das Land Mittel bereitstellt, damit sich Frauen vertrauensvoll an sie wenden und sie denen auch helfen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zur Entwicklung der Personalausgaben: Herr Kollege, ich habe selten eine Rede eines CDU-Abgeordneten gehört, in der die Tarifparteien, die Ge-

werkschaften, so gelobt worden sind, wie Sie das heute getan haben. Ich hoffe, das hat auch in anderen Bereichen Konsequenzen. Ich hörte heute morgen, ein christlich-demokratischer Arbeitnehmer-Sprecher möchte jetzt Karenztage für Arbeitslose einführen. Machen Sie das mit, nachdem Sie heute hier die Gewerkschaften so gelobt haben? Wollen Sie das wirklich mitmachen? Dann haben Sie die Gewerkschaften wegen dieses maßvollen Tarifabschlusses gelobt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die Tarifparteien!)

- Die Tarifparteien, beide Seiten, völlig korrekt. Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen war erheblich beteiligt. Dehnen Sie dieses Lob aus.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen davon, es habe zur Zeit des Finanzministers Schleißer einen Zuwachs am Ende

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Insgesamt 10 000 Stellen!)

von 10 000 Stellen gegeben. Das haben Sie erwähnt. Daran kann ich mich auch noch sehr gut erinnern, auch an die Debatten im Landtag. Dem ging ein Tarifabschluß mit den Gewerkschaften voraus. Da war festgelegt worden, die Verkürzung der Arbeitszeit solle durch Bereitstellung von mehr Stellen beschäftigungswirksam umgesetzt werden.

(Bodo Champignon [SPD]: Genau so!)

Und die CDU hat Vierteljahr für Vierteljahr eingeklagt, das Land möge dieser tarifvertraglichen Verpflichtung nachkommen

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt nicht!)

und zusätzliche Stellen nach Kürzung der Arbeitszeit ---

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Oh ja. Wenn Sie es gern möchten, Herr Linssen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja!)

bekommen Sie heute mittag noch die Protokolle.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir sind immer dagegen gewesen!)

- Nein, nein.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Doch!)

(Trinius [SPD])

Lassen Sie mich, da Herr Kollege Walsken nachher noch in den Einzelheiten auf Personalausgaben eingegangen wird, nur auf zwei Punkte hinweisen. Was Sie sich heute hier in Fragen WestLB geleistet haben,

(Zuruf von der CDU; War gut!)

erfüllt den Tatbestand der wohlkalkulierten

(Lothar Hegemann [CDU]: Na?)

Verdächtigung ohne Grundlage, es grenzt an Verleumdung.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen hätte gut angestanden zu sagen, das Personal der Finanz- und Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen arbeite korrekt, verlässlich, ohne Ansehen der Person,

(Bodo Champignon [SPD]: So ist es! - Zuruf der Ruth Hieronymi [CDU])

ohne Ansehen der Institution. Das heißt, auf diese Bediensteten der Steuerfahndung in Nordrhein-Westfalen ist absolut Verlaß.

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie nicht danach fragen, ob es sich um eine öffentlich-rechtliche, eine private oder um eine genossenschaftliche Einrichtung handelt, sondern daß Sie nur danach fragen, ob denn hier auch alles nach Recht und Gesetz abgelaufen ist, das spricht dafür, daß diese Bediensteten ihren Beamteneid ernst nehmen und sich daran halten.

(Beifall bei der SPD)

Und daß der Finanzminister die Steuerverwaltung politisch so führt, daß sich die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen - nicht der Minister - jederzeit auf die Korrektheit dieser Bediensteten verlassen können, das gehört zum Dank hinzu.

(Beifall bei der SPD)

Eine politisch gut geführte Verwaltung - da gibt es keinerlei Mißbrauch, und da gibt es keinerlei Getuschel. Auf all das wollten Sie ja hinaus.

Das Kernstück des Landeshaushaltes ist die Arbeitsmarktpolitik.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist aber wenig!)

Ziel ist es, die wirtschaftliche Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen weiter voranzubringen und den Strukturwandel weiter zu gestalten. In Nordrhein-Westfalen wird Struktur-

politik mit Wirkung auf den Arbeitsmarkt gemacht. Ausbildung und Arbeit verbinden wir mit der Sorge um den Schutz für die Natur. Das sind Grundlagen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Dies kommt in fast allen Schwerpunkten des Landeshaushaltes zum Tragen. (C)

Nun haben Sie einmal wieder behauptet, Nordrhein-Westfalens Wirtschaft insgesamt stehe besonders schlecht da. Ich kann Ihnen nur sagen: Was in der alten Industrieregion Ruhrgebiet an Erneuerung, im wissenschaftlichen Bereich, in der Ökologie, der Städtesanierung und in der Wohnungssiedlungspolitik gelungen ist, hat nicht seinesgleichen in anderen Industrieregionen Europas.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ganz sicher, daß Politiker, Gewerkschafter, Kirchen und Unternehmer aus anderen Ländern Europas nach Nordrhein-Westfalen kommen werden, um zu sehen: Wie habt ihr es eigentlich hingekriegt, eine alte Industrieregion so umzugestalten, daß sie ohne soziale Einbrüche Zukunft gewinnen konnte?

(Loke Mernizka [SPD]: Sie kommen! Sie kommen!)

Das ist nicht bloße Prophezeiung, sondern das geschieht ja. Schauen Sie sich an, welches internationale Interesse die Internationale Bauausstellung Emscher Park findet! Das ist keine Angelegenheit nur von Nordrhein-Westfalen für Nordrhein-Westfalen, sondern das hat Vorbildfunktion für alle von gleichen Problemen betroffenen Regionen. Die Erfahrungen, die wir machen, wollen wir gern international anderen zur Verfügung stellen, so, wie wir offen sind für Erfahrungen, die diese bei der Umgestaltung ihrer Gebiete machen. Das ist gut für unser Land, das ist auch gut für andere Länder. (D)

(Beifall bei der SPD)

Was die Schwerpunkte betrifft, will ich gern erinnern an den Wohnungsbau, an den Bau von Kindergärten, an die Betriebskosten des Landes für Kindergärten - in fünf Jahren eine Verdoppelung - und an die verschiedenen Teile des Programms Arbeit und Umwelt. Lassen Sie mich zum Wohnungsbau ein paar Bemerkungen machen.

Da kommt der Bund mit einer Gesetzgebung daher, die unter der Bundesflagge segelt, und man hat den Eindruck, er meine es freundlich mit den Ländern, mit dem Land Nordrhein-Westfalen. - Es geht um die Bergarbeitersiedlungen. Was dort an

(Trinius [SPD])

- (A) Rechten und Ansprüchen erworben worden ist, möchte der Bund kassieren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Problem ist etwas schwieriger!)

Da zieht er mit einem Male die Piratenflagge hoch, und das wirkt sich auf das Land Nordrhein-Westfalen in barem Geld mit 100 Millionen DM aus, aber nicht einmal, sondern Jahr für Jahr. Die CDU-Fraktion schweigt dazu und läßt diese Piraterie durchgehen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist keine Piraterie! So einfach ist das nun wirklich nicht, Herr Trinius! Das wissen Sie auch!)

- Doch, genau so ist es.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein! Wem gehört denn das Vermögen?)

- Den Unternehmen und den Beschäftigten, die darauf einen Anspruch haben. Das hat nämlich mit dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau der Bundesrepublik nach 1945 zu tun. Deshalb ist das eingerichtet worden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das kommt alles in den sozialen Wohnungsbau!  
- Minister Dr. Michael Vesper: Sie wissen, daß das nicht stimmt!)

(B)

Auch wenn Ihnen das weh tut, Herr Linssen, muß ich noch eines hinzufügen.

Es kommt ein anderes Gesetz dahergesegelt unter dem schönen Namen "Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes". Man meint, nun werde die Bundesregierung endlich etwas tun im Sinne eines Beschlusses zur Flüchtlingsaufnahme, den CDU-Fraktion und SPD-Fraktion hier gemeinsam gefaßt haben. Meinen Sie denn, Sie könnten in diesem Landtag gemeinsam mit uns beschließen, Bürgerkriegsflüchtlings soll geholfen werden, wobei die Hilfe zur Hälfte vom Land und zur Hälfte vom Bund geleistet werden soll - das haben Sie munter mit beschlossen -, aber im Bund gibt es nicht einen einzigen CDU-Abgeordneten, auch nicht aus Nordrhein-Westfalen, der sich dafür einsetzte, daß das auf Bundesebene eingelöst wird. Kein Gedanke!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Jetzt zum Asylbewerberleistungsgesetz, ein Spezialthema für Sie immer wieder. - Das soll geändert werden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Haben Sie sonst nichts?)

Man muß sich einmal die Änderungsvorschläge genau ansehen, Herr Arentz. Da wird es ganz schlimm.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was denn? -  
Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Da zieht sich der Bund durch die Änderung eines anderen Gesetzes, nämlich über die Beförderung von Schwerbehinderten, in einer Größenordnung für Nordrhein-Westfalen von 100 Millionen DM aus der kostenlosen Beförderung von Schwerbehinderten zurück und versteckt das im Asylbewerberleistungsgesetz.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch die Konsequenz der Regionalisierung! - Widerspruch des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Es ist unglaublich, was Sie sich da leisten. Das ist ein Taschenspielertrick sondergleichen.

(Beifall bei der SPD - Roland Appel [GRÜNE]: Unsozial und menschenverachtend sind sie!)

Herr Kollege Arentz, ich lege größten Wert darauf, daß wir der Frage nachgehen, wie viele Behinderte wir in der Landesverwaltung beschäftigen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Der Anteil sinkt: 5,3 %!)

Ich kann Ihnen die Ernsthaftigkeit nicht abnehmen, wenn Sie so etwas - vielleicht haben Sie es nicht gewußt - dem Bund durchgehen lassen und glauben, sich hier im Land als sozialpolitisches Gewissen aufspielen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Die einzelnen Schwerpunkte werden wir in den Haushaltsberatungen näher betrachten.

Ich möchte jedoch noch einiges zu den Risiken des Haushaltsentwurfs sagen, und damit komme ich auf die Steuerpolitik zu sprechen:

Als wir in der Bundesrepublik Deutschland vor völlig neuen Aufgaben standen, hat der damalige Bundespräsident - er kommt von der CDU - Richard von Weizsäcker vorgeschlagen: Die Einheit Deutschlands stellen wir her nach Maßgabe der Erfahrungen, die wir mit dem Gesetz über den Lastenausgleich nach 1945 gemacht haben. Er hat dabei auch über Deutschland hinaus gedacht

bis in die benachbarten mittel- und osteuropäischen Länder. Er hatte angeregt, die Finanzierung der deutschen Einheit so zu organisieren, wie nach dem Zweiten Weltkrieg der Lastenausgleich organisiert worden ist. Damals, als Deutschland am Boden lag, wurden diejenigen in der Gesellschaft, die starke Schultern hatten, zur Finanzierung herangezogen. Die Schwächeren wurden nicht belastet, sondern denen wurde aufgeholfen, damit sie wieder aufrecht gehen konnten. Das war Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Bundesrepublik.

Dieser Vorschlag ist von kaum einer Gruppe in unserer Gesellschaft, von kaum einem Presseorgan und von der CDU überhaupt nicht aufgegriffen worden. Es wäre eine gerechte Verteilung der Lasten gewesen, diese große Leistung zustandezubringen, um dieses große Ziel der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse zu erreichen.

Statt dessen haben Sie etwas ganz anderes gemacht. Sie haben sich anlässlich der Herstellung der deutschen Einheit als erstes einfallen lassen, zunächst einmal die Unternehmen in den fünf neuen Ländern zu entlasten. Als zweites haben Sie einen Solidarbeitrag erfunden, den man auch schon für die erste Mark, die man an Steuern zahlt, zu entrichten hatte. Den Grundgedanken Richard von Weizsäckers haben Sie rundum verworfen.

Jetzt bemühen Sie sich mit einem großartigen Trick, die Vermögensteuer ganz und gar in der Versenkung verschwinden zu lassen. Ich will Ihnen dazu sagen: Sie sind drauf und dran, in der Steuerpolitik mit dem Bundesverfassungsgericht Bande zu spielen. Sie mögen sich aus der Verantwortung heraus. Sie brauchen auf Bundestagebene nichts zu tun, und schon ist die Vermögensteuer zum 31.12. dieses Jahres weg.

Ich will deutlich machen, was das heißt. Auf der einen Seite glauben Sie, eine Erhöhung des Kindergeldes - vor einem halben Jahr per Gesetz beschlossen - kassieren zu können, und auf der anderen Seite meinen Sie, Sie müßten die Vermögen gänzlich von steuerlichen Abgaben entlasten. Ich sage Ihnen: Das geht nicht! Sie werden bei der Bevölkerung im Lande für diese soziale Schieflage keine Zustimmung finden und bei den Bürgern eine weitere Entpolitisierung oder eine weitere Verdrossenheit gegenüber der Politik erzeugen. Das dürfen Sie nicht tun.

Ich will Ihnen auch sagen, wie sich das im Landeshaushalt auswirkt. Die Vermögensteuer, die ja ausschließlich in die Landeskasse fließt, spült 2,3 Milliarden DM in die Kassen. Bei knapp 70 Milliarden DM Steuereinnahmen des Landes ist das ein erheblicher Betrag. Und wer an die Vermögensteuer herangeht, sie absaufen läßt, der wird eines Tages auch die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer nachrutschen lassen müssen. Das sind noch einmal reine Landeseinnahmen in Höhe von 1 Milliarde DM.

Bei der Gelegenheit lassen Sie mich auf folgendes hinweisen: Sie alle legen doch Wert darauf, daß die innere Sicherheit im Lande Nordrhein-Westfalen funktioniert. Sie alle legen doch Wert auf ein gutes Angebot bei den Kindergärten, bei den Schulen, bei den Hochschulen. Wer darauf zu Recht Wert legt - das sind ja alles ausschließlich Kosten des Landes in den Personalhaushalten -, der muß, damit das Land seiner Verantwortung gegenüber seinen Bürgern nachkommen kann, auch dafür sorgen, daß das Land eine hinreichende finanzielle Ausstattung erhält.

Sie werden diese haushaltspolitische Debatte nicht beenden, ohne daß Sie dem Land und der Öffentlichkeit klipp und klar sagen, ob Sie dabei mitmachen, den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland diese wichtige Einnahmequelle zu erhalten. Sonst nehme ich Ihnen nichts mehr ab, wenn Sie in den Bereichen Schule, Wissenschaft oder Polizei etwas fordern. Sie werden Farbe bekennen müssen, das sind Sie der Öffentlichkeit schuldig. Es reicht nicht, nur im Konrad-Adenauer-Haus anzurufen und zu fragen, welche Stellungnahme der CDU-Landtagsfraktion Helmut Kohl denn gerne hören möchte.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Macht Ihr das so?)

Sie sind auch als Opposition dazu aufgerufen, die Interessen dieses Landes und die Interessen seiner Gemeinden wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt natürlich auch für die Frage der Gewerbesteuer. So kommen Sie da nicht heraus.

Über Ihr Verhältnis, Herr Kollege Linssen, zu Gemeinden und Gemeinderatsfraktionen habe ich mich sowieso schon gewundert. Wenn ich an die Debatte über Ahaus denke, kann ich nur feststellen: So abwertend und geringschätzig, wie Sie

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

- (A) das letzte Woche gemacht haben, ist noch nie ein Oppositionsführer in diesem Lande mit verantwortlichen Stadträten seiner eigenen Partei umgesprungen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Können Sie das mal erklären?)

Wenn Sie dann hier fordern, die Kommunen müßten in jedem Fall, wenn Leistungsgesetze oder Leistungen vom Land beschlossen werden, eine hundertprozentige

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Lesen Sie doch Ihre Rede nach. Ich schicke sie in unserer Partei herum; dort wird sie gelesen, und alle finden sie hochinteressant.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Trinius, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Reinhold Trinius (SPD):** Wenn Sie glauben, das ausgleichen zu können, indem Sie die Verfassung dahingehend ändern wollen, daß jedes Mal, wenn eine Gemeinde etwas leisten muß, eine hundertprozentige Erstattung durch das Land zu erfolgen hat, dann ist das ein bloßer Schauantrag. Sie alle wissen ganz genau: Zunächst einmal muß ich die Finanzen sicherstellen, und zweitens brauche ich bei all solchen Anträgen auch ein kommunales Eigeninteresse zu einer wirtschaftlichen Verwaltung solcher Mittel. Sonst funktioniert das nicht.

(B)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Trinius, darf ich Sie unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

**Reinhold Trinius (SPD):** Ja, wenn sie sich auf Ahaus bezieht.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Bitte sehr.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Kollege Trinius, wenn Sie einen solch gravierenden Vorwurf erheben, ich würde mich in einer unverschämten Weise

(Bodo Champignon [SPD]: "Unverschämt" hat er nicht gesagt!)

gegen die Interessen der kommunalen Vertreter der CDU vor Ort wenden - könnten Sie vielleicht dem Hohen Hause einmal erläutern, was Sie damit meinen? Denn ich erinnere mich an meine Rede vielleicht etwas genauer als Sie, in der ich gesagt habe, daß ich selbstverständlich die Meinung der kommunalen Vertreter vor Ort hochschätze, ihre Ansicht teile und daß die CDU nichts gegen die CDU vor Ort unternehmen würde.

**Reinhold Trinius (SPD):** Nein, aber Sie waren natürlich dafür, daß die Brennstäbe aus Hanau und aus Schottland dort hinkommen sollen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Aber sicher!

(Zustimmung bei der SPD - Erneut Widerspruch bei der CDU)

Aber Sie können das ja gerne alles wiedergutmachen, Herr Kollege Dr. Linssen. Setzen Sie sich dafür ein, daß die kommunalen Finanzen in Ordnung gebracht werden! Setzen Sie sich dafür ein, daß die Gewerbesteuer nicht absäuft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Experiment haben Sie ja vorher in den fünf neuen Bundesländern gemacht. Sie haben es dort hin exportiert, um es reimportieren zu können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ist das die Antwort des finanzpolitischen Sprechers, Herr Kollege?)

Und setzen Sie sich dafür ein, daß allen Ländern der Bundesrepublik die Vermögensteuer erhalten bleibt, dann haben Sie wirklich etwas für Land und Gemeinden getan!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann brauchen wir auch solche Zwischenfragen nicht mehr zu behandeln.

Wir Sozialdemokraten treten für ein einfaches, für ein verständliches Steuerrecht ein - ein Steuerrecht, das auf Dauer angelegt ist, das bei der Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden ansetzt und das stetige Einnahmen für Bund, Länder und Gemeinden gewährleistet. Stetige Einnahmen! Aber nicht ein Steuerrecht, an dem alle Vierteljahr neu herumgebastelt wird! Das kann kein Steuerpflichtiger durchschauen. Da kommen auch steuerberatende Berufe, da kommen auch Finanzbeamte



kaum noch hinterher. Inzwischen haben Sie sogar den Versuch gemacht, nicht alle Vierteljahr das Steuerrecht zu ändern, sondern einmal im Jahr alle Änderungswünsche zusammenzupacken.

Wir brauchen ein einfaches Steuerrecht. Es muß verständlich sein. Nur verständliches, einfaches Recht wird der Bürger akzeptieren. Der Dschungel im Steuerrecht dient dazu, eine Fülle von Eigeninteressen, Partialinteressen im Steuerrecht zu verbergen, so daß es kaum jemand wahrnehmen kann. Das ist alles übel.

Wir müssen uns alle von dem Gedanken verabschieden, mit Steuern steuern zu wollen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sehr gut!)

Insoweit, Kollege Diegel, gebe ich Ihnen recht. Subventionen soll man offen ausweisen. Man soll sie auf Zeit leisten, damit auch klar und deutlich wird, welche Ziele erreicht werden sollen und welche Ziele erreicht worden sind. Aber Ihr Vorschlag, mit dem Rasenmäher heranzugehen - fünf Prozent abstreichen -, bringt überhaupt nichts. Sie müssen schon sagen, an welchen Stellen Sie glauben, daß das Land Nordrhein-Westfalen auf Subventionen verzichten kann.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD])

Dann können Sie gerne der Überprüfung der Wirksamkeit von Programmen jeglicher Art folgen. Der Vorschlag des Finanzminister lautete ja: Förderprogramme auflegen für grundsätzlich nicht länger als fünf Jahre und in diesen fünf Jahren möglichst die Fördermittel zurückgehen lassen, damit man wirklich sehen kann: Was hat das gebracht? - Wir sind alle daran interessiert, zu erfahren, was es denn gebracht hat.

Wenn ich mir die Steuerpolitik der Bonner ansehe, muß ich sagen: Sie sind wirklich auf dem Weg in eine andere Gesellschaft.

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Sie wollen eine andere Gesellschaft. Man fragt sich ja manchmal: Finden die eigentlich selbst noch durch? - Im Frühjahr zum Beispiel beim Kindergeld: plus zwanzig Mark. Im Herbst soll das - gerade beschlossen - schon wieder zurückgenommen werden. Finden die eigentlich noch durch?

Das Ganze, muß ich sagen, hat System. Es hat System, selbst wenn man bei den einzelnen Beschlüssen nicht durchfinden mag. Dieses System können Sie in einer Studie des Bundesministers

der Finanzen nachlesen: "Finanzpolitik 2000". Da gibt es ein paar hochinteressante Überlegungen. (C)

Die erste Überlegung: Es komme darauf an, die Steuerpolitik so zu gestalten, daß sich möglichst leicht möglichst viel Kapital bilden kann. Deswegen darf es keine Steuern auf Kapital, keine Steuer auf Vermögen geben, und so weiter - das können Sie schön nachlesen -, denn auf die Kapitalbildung komme es vorrangig an. Die Studie fragt nicht danach, wohin denn das private Kapital fließt, wohin das Geldvermögen geht. Wir legen allergrößten Wert darauf, auch das private Kapital zu locken, im Lande zu bleiben, damit wir dieses Land weiterentwickeln können und das Geldvermögen nicht einfach kreuz und quer um den Globus herum transferiert wird. Die Frage, wohin es fließt, wird nicht gestellt.

Dann gibt es einen zweiten Punkt, hochinteressant: Weil aus Einkommen privates Kapital gespeist und vermehrt wird, deswegen sei es im Grundsatz abwegig, die Einkommen zu besteuern. Man müsse sich vom Grundsatz her auf die reinen Verbrauchsteuern beschränken. - "Finanzpolitik 2000", Studie des Bundesministers der Finanzen. "Vom Grundsatz her" - das wird in ein paar pragmatischen Überlegungen dann abgelehnt, weil es doch nicht ganz so einfach zu machen ist. Dort gibt es aber - und das ist Theo Waigel nicht verborgen geblieben; Sie können sich das auch zuschicken lassen - hochkarätige Beamte, die der Auffassung sind, daß man Einkommen nicht besteuern solle, damit sich um so leichter und um so schneller nicht zu besteuern Kapitalvermögen in privater Hand bilden könne. Wohin das geht, ist egal. Statt dessen sollten die Verbrauchsteuern erhöht werden. (D)

Das bedeutet eine Abkehr vom Prinzip der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen. An diesem Prinzip der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen halten wir unbedingt fest,

(Beifall bei der SPD)

sonst können Sie das der Gesellschaft nicht zumuten!

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Trinius, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? - Wollen Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Bitte schön.

- (A) **Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Kollege Trinius, ich bemühe mich, Ihnen sehr aufmerksam zuzuhören. Fällt Ihnen nicht auf, daß Sie als Antwort auf die Vorschläge des finanzpolitischen Sprechers der CDU nur über ungelegte Eier aus irgendwelchen Papieren spekulieren, die irgendjemand in Bonn geschrieben hat,

(Lachen bei der SPD)

aber nichts Konkretes zur Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen vortragen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

**Reinhold Trinius (SPD):** Wissen Sie, ich lege bei dieser Vielzahl von Steuerrechtsänderungen großen Wert darauf, zu begreifen, ob das Ganze denn System hat oder nicht. Ich sage Ihnen: Es hat System.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es hat System, und deswegen weise ich darauf hin. Herr Arentz, es gibt in derselben Studie eine andere Sache, die Sie interessieren dürfte.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

- (B) Da beschäftigt sich die Studie mit der Frage, ob denn die Sozialversicherungssysteme versicherungsfremde Leistungen zu übernehmen hätten. Ich nehme an, Herr Arentz, Sie lehnen das genauso ab wie wir.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was auf Seite 31 steht!)

- Ja eben! Ich nehme an, Herr Arentz, das verwerfen Sie genauso wie wir. Aber die Studie kommt zu dem Ergebnis, es sei sogar zweckmäßig,

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD])

Herr Kollege Dr. Linssen, den Rentenversicherungen, den Krankenversicherungen und anderen Versicherungen versicherungsfremde Leistungen aufzubürden; denn da sie es vom Beitragszahler hereinholen müßten, ginge davon ein heilsamer Zwang zur sparsamen wirtschaftlichen Bearbeitung ihres Versicherungswesens aus. Das heißt, man zwingt sie zur Sparsamkeit durch versicherungsfremde Leistungen, die man ihnen aufbürdet. - Welch eine Mißachtung der Selbstverwaltungsorganisationen!

(Beifall bei der SPD)

Und deswegen, Herr Kollege Diegel, müssen Sie Ihr großes Lob für die Gewerkschaften konsequent fortsetzen. Wer das sagt, was Sie zum Tarifabschluß gesagt haben, der muß gleichzeitig auch sagen, daß auch in anderen Dingen der Kooperation zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften der Vorzug vor einem Gesetzesbefehl zu geben ist. Sie wählen aber den Weg des Gesetzesbefehls; ich brauche nur an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu denken. Sie wollen den Gesetzesbefehl, obwohl Gewerkschaften und Arbeitgeber vereinbart hatten, darüber zu reden; wo die Ursachen für die großen Fehlzeiten liegen, und zu versuchen, diese Ursachen zu bekämpfen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie haben nichts über die ... gebracht!)

- Nein, die Zusage ist von der Arbeitgeberseite widerrufen worden, und das war das Schlimmste, was passieren konnte. Man verspricht es sich in die Hand und widerruft es dann.

Diese Gesellschaft und dieses Land Nordrhein-Westfalen leben von der vertrauensvollen Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen in der Bevölkerung, wobei die unterschiedlichen Gruppen legitimerweise unterschiedliche Interessen vertreten. Dies hat das Land Nordrhein-Westfalen groß gemacht, und dabei war am Anfang die CDA außerordentlich hilfreich, da war am Anfang unter Karl Arnold auch die CDU außerordentlich hilfreich. Anlässlich der 50-Jahr-Feiern habe ich mich gefragt: Was ist eigentlich in diesen 50 Jahren aus der CDU geworden?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Bodo Champignon [SPD]: Zulässige Frage! Eine ganz traurige Situation!)

Sie protestieren fünf Tage lang wegen bestimmter sozialpolitischer Vorhaben der Bonner Koalition und kriechen am sechsten Tage zu Kreuze. Das ist keine christlich-demokratische Sozialpolitik, aber Sie geben sie dafür aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Ein sozialer Plünderungsfall!)

Ich will auf ein paar Grundzüge hinweisen: Eine weitere Erhöhung der Nettokreditermächtigung darf es aus unserer Sicht - ich glaube, auch aus der Sicht der GRÜNEN, denn wir haben eine Koalitionsvereinbarung unterschrieben - nicht geben.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Reden Sie jetzt immer noch zu Bonn?)

(Trinius [SPD])

Es handelt sich auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nicht um eine kleine Delle der Konjunktur, die im nächsten Jahr so einfach auszubeuken wäre.

Ich möchte in diesem Zusammenhang der Landesregierung auch ausdrücklich dafür danken, daß sie in den vergangenen acht Haushaltsjahren von 1988 bis 1995 die kumulierten Nettokreditermächtigungen von 44 Milliarden DM um sage und schreibe 9 Milliarden DM unterschritten hat. Das heißt, sie hat die Nettokreditermächtigungen in einem Volumen von knapp 10 Milliarden DM nicht ausgeschöpft; das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Jahr für Jahr wurden also mehr als 1 Milliarde DM weniger Kredite aufgenommen als in den jeweiligen Haushalten veranschlagt.

(Helmut Diegel [CDU]: Was soll denn das?)

Dies ist Ausdruck der - erstens - wirtschaftlichen Stärke unseres Landes und - zweitens - der sparsamen Haushaltswirtschaft des Finanzministers in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nee, nee!)

Die SPD-Landtagsfraktion wird Änderungen am Haushaltsentwurf vornehmen, wenn wir sie für nötig erachten. Diese werden wir allesamt solide decken, und Sie können uns daran messen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie sind diese 140 Milliarden DM Schulden in Bonn zu erklären? Das ist nicht zu fassen!)

Wir werden uns ferner dafür einsetzen - der Kollege Walsken wird darauf noch näher eingehen -, daß keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden, denn wir müssen die Personalausgaben zukünftiger Haushalte in den Griff bekommen. Dazu will ich Ihnen sagen: Die Realisierung von kw-Vermerken ist eine Selbstverständlichkeit, und wir werden jede Beschleunigung fördern; das haben wir Ihnen schon alles gesagt, und ich bin gespannt, ob Sie wirklich mitmachen oder ob das hier alles nur Sprüche waren.

Wir werden darauf zu achten haben, daß die Gestaltungsfähigkeit zukünftiger Haushalte nicht durch zu große Verpflichtungsermächtigungen eingeschränkt wird. Auch das wird eine Aufgabe für uns alle sein.

Lassen Sie mich zusammenfassend noch sagen: Dieser Entwurf des Landeshaushaltes ist ein solider Entwurf. Er basiert nicht auf fiktiven Einnah-

men, sondern auf der soliden Schätzung der Steuereinnahmen. Die SPD-Landtagsfraktion wird nicht zulassen, daß auf der Grundlage bloß gedachter, fiktiver Einnahmen oder einmaliger Einnahmen reale Ausgaben gedeckt werden.

(C)

Ich fordere die CDU noch einmal auf, sich für die Sicherung der Länder- und Gemeindefinanzen in Bonn einzusetzen. Wenn Sie nichts sagen, Herr Arentz, wird niemand auf Sie hören. Aber Sie können laut sagen, daß Sie sich für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit der Gewerbesteuer und für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Gewerbe- und der Vermögensteuer einsetzen werden und einsetzen wollen. Sie müssen etwas dazu sagen, denn davon hängt das Schicksal aller Bundesländer ab.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Niemand hat mehr geplündert als Sie in den letzten zehn Jahren!)

Sie können und dürfen nicht einfach übersehen, daß die Finanzminister, die Sozialminister und die Innenminister aller Länder um der stetigen Erfüllung der Aufgaben willen Wert darauf legen, daß die Einnahmen aus der Vermögensteuer für ihre Länder erhalten bleiben.

Machen Sie mit, denn dann hat es sich wirklich gelohnt, 50 Jahre Nordrhein-Westfalen zu feiern, und wir erkennen ein bißchen von dem wieder, was die CDU einmal gewesen ist und was sie zum Glück aller wieder werden sollte. - Glückauf!

(D)

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Bajohr für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Auf den Koalitionstitanen!)

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

"Der Charme dieser Koalition",

hat unser grüner Bauminister gesagt,

"erschließt sich nur den hartnäckig Überzeugten."

(Heiterkeit und Lachen bei der CDU)

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Da ist was dran; trotzdem ist es nicht ganz richtig. Auch die weniger Überzeugten wissen, daß es zu dieser Koalition keine vernünftige Alternative gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Diese Koalition ist Garant für, Herr Linssen, daß NRW trotz der Widrigkeiten, die aus Bonn über uns hereinbrechen, Kurs nimmt. Kurs in Richtung auf die Bekämpfung von Massenerwerbslosigkeit und Armut, und das in einer äußerst schwierigen finanzpolitischen Lage.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit. Um besonders die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, haben wir Gelder aus dem Ziel-3-Programm der EU eingeworben und verstärken sie mit eigenen Mitteln in Höhe von 62 Millionen DM. Das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird mit rund 84 Millionen DM ausgestattet und das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierte Programm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" in dieser Wahlperiode mit 125 Millionen DM.

- (B) In den Sozialen Wirtschaftsbetrieben soll sich die Belegschaft zu mindestens 40 % aus Langzeitarbeitslosen zusammensetzen. Weitere 30 % der Beschäftigten waren vorher unmittelbar von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht. Die ersten Bewilligungen für dieses Programm gehen in den nächsten Wochen heraus.

Die Koalition setzt sich nachdrücklich dafür ein, daß die Wirtschaft ihrer Verpflichtung nachkommt, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, daß das Kabinett entschieden hat, Aufträge des Landes nur noch an auszubildende Unternehmen zu vergeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erwarten, daß die Landesregierung entsprechend dem Landtagsbeschuß vom 14. September 1995 im Bundesrat die Initiative zur Einführung einer Umlagefinanzierung der Berufsausbildung ergreift.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" bildet das Rückgrat der Koalitionsvereinbarung.

(Helmut Diegel [CDU]: Wo ist das denn?)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf arbeitsorientiertes, umweltverträgliches und nachhaltiges Wirtschaften, Herr Diegel. Wenn Sie fragen, wo das ist, lesen Sie doch einfach mal den Haushaltsplan!

(Helmut Diegel [CDU]: Da steht kein Wort dazu drin!)

Wir wollen ökologische Belastungen von vornherein vermeiden, die Gesundheit schützen und die Natur bewahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für "Arbeit und Umwelt" werden wir bis zum Jahr 2000, Herr Diegel, mehr als 13 Milliarden DM aufwenden. Damit wollen wir unter anderem 100 000 Altbauwohnungen modernisieren.

(Helmut Diegel [CDU]: Da bin ich ja gespannt!)

Effektiver Wärmeschutz und der Einbau energiesparender Wärmesysteme sollen die Energie- und die CO<sub>2</sub>-Bilanz besonders der Altbauten im Land positiv beeinflussen. Das verbessert nicht nur die Umweltsituation. Gleichzeitig schafft unser grüner Bauminister damit millionenschwere Aufträge für kleine und mittlere Betriebe vor allem aus dem Bau- und dem Baunebengewerbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umweltinvestitionen führen zu Arbeitsplätzen. Das wollen und das werden wir in diesen fünf Jahren Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen beweisen! Denn Ökologie ist keine Belastung; sie ist die Voraussetzung für die ökonomische Erneuerung des Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wird auch das Programm "Rationelle Energienutzung" mit 110 Millionen DM in diesem Jahr fortgeführt.

Herr Diegel, vergleichen Sie diese umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen einmal mit den Daten in CDU-regierten Ländern; ich will Ihnen das sagen: Bayern wendet gerade einmal 12 Millionen DM für regenerative Energien auf, Baden-Württemberg hat seine Mittel auf 8 Millionen DM gekürzt. Diesen Vergleich müssen Sie ziehen!

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

Innovative und ökologisch nachhaltige Maßnahmen ergreift auch die grüne Umweltministerin, Frau Höhn. Zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers setzt sie 250 Millionen DM aus der Öko-Abgabe Abwasser ein,

(Beifall bei den GRÜNEN)

um Gesamtinvestitionen im Umfang von 1 Milliarde DM auszulösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gezielt gefördert werden der sorgsamere Umgang mit Regenwasser, Kleinkläranlagen im Außenbereich, Kanalisationen im ländlichen Raum und die Sanierung von Abwasserkanälen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Alles investive Maßnahmen!)

Nach langem Dornröschenschlaf - Herr Matthiesen ist nun leider nicht da - wacht jetzt endlich auch der ökologische Landbau auf. Hier hat NRW im Vergleich zu anderen Ländern Nachholbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rot-Grün hat erstmals im Haushalt 1996 Mittel für den ökologischen Landbau ausgewiesen und eine Kampagne für gesunde Nahrungsmittel initiiert. Damit kann die regionale Vermarktung von Fleisch aus artgerechter Tierhaltung und anderen ökologisch produzierten Nahrungsmitteln verbessert werden. Besonders stolz sind wir auf die Gründung der Fachschule für ökologischen Anbau im Kreis Kleve.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Richtige politische Weichenstellungen sind auch in der Lage, ohne zusätzliche staatliche Gelder Investitionen in zukunftsfähige Projekte auf den Weg zu bringen. So wird zum Beispiel der Ausbau der Windkraft durch die Privilegierung der Anlagen im Außenbereich und durch entsprechende Planungshilfen nicht nur stabilisiert, sondern erheblich vorangetrieben.

Vom ökologischen Umbau werden besonders kleine und mittlere Unternehmen in diesem Lande profitieren. Ihre Förderung - jährlich sind es rund 300 Millionen DM - steht im Zentrum rot-grüner Wirtschaftspolitik. Erfreut registrieren wir, daß das Existenzgründungsprogramm gerade von Frauen gut angenommen wird. 1997 stehen hierfür 5 Millionen DM zur Verfügung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stolz sind wir auch auf die Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk", die im Haushaltsentwurf mit 4 Millionen DM ausgestattet ist. Noch in diesem Monat werden erste Projekte bewilligt. (C)

Nachhaltige Verbesserungen der Umweltsituation und der Lage am Arbeitsmarkt, Herr Diegel, kann vor allem die Verkehrspolitik bewirken. Dazu hatten Sie gar nichts gesagt, nur, daß angeblich Arbeitsplätze verloren gehen, aber darauf kommen wir noch.

Deshalb wollen wir keine Straßen bauen, sondern die Infrastruktur für den Umweltverbund aus Bussen, Bahnen, Rad- und Gehwegen verbessern. Im Haushalt 1996 wurde erstmals ein Radwegeausbauprogramm aufgelegt, das wiederum 1997 mit 20 Millionen DM ausgestattet ist.

Gleichzeitig hatten wir die Mittel für den Landesstraßenneubau auf 130 Millionen DM gekürzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich mit einer klaren Mehrheit in diesem Lande, insbesondere mit der nicht autofahrenden Bevölkerung, mit den Eltern kleiner Kinder, die sich um Klima, Sommersmog, krebserzeugende Rußpartikel und andere gesundheitsschädigende Emissionen des Verkehrs Sorgen machen, darin einig, daß weitere Einsparungen beim Straßenbau möglich und nötig sind. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb streben wir an, den Haushaltsentwurf, der 150 Millionen DM für den Landesstraßenneubau vorsieht, erheblich nach unten zu korrigieren.

Großer Nachholbedarf besteht beim öffentlichen Personennahverkehr und beim Schienenverkehr. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden deshalb Kürzungen in diesem Bereich nicht mittragen.

Wir wollen allerdings sparsam wirtschaften. Das bedeutet für uns, auf Tunnellösungen beim Stadtbahnbau und auf übertriebene technische Standards bei den S-Bahnen zu verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur besseren Verknüpfung von Rad und Bahn hat Rot-Grün das Programm "100 Fahrradstationen" aufgelegt. Eine Rahmenvereinbarung mit der Bahn AG und die Gründung einer Entwicklungsagentur stehen unmittelbar bevor. Dringend abzubauen sind allerdings noch einige bürokratische Hürden, von denen uns örtliche Initiativen berichten.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Um die Dokumente geschichtlicher Überlieferung zu bewahren, werden die Denkmalschutzinvestitionen im Lande um rund 4,5 Millionen DM angehoben.

Kulturpolitisch will Rot-Grün die regionalen Kräfte stärken, weil wir auf Vielfalt und interkulturelle Verständigung setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns vorgenommen, freie Theater, insbesondere Kinder- und Jugendtheater, sowie Frauen-Kulturprojekte zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es darüber hinaus für erforderlich, ein Schwergewicht der Kulturpolitik auf die Förderung öffentlicher Bibliotheken zu legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unter Rot-Grün bleibt Nordrhein-Westfalen auch das soziale Gewissen dieser Republik. Unser Landespflegegesetz besitzt bundesweit Vorbildfunktion, weil wir auf die Stärkung von Selbstbestimmung und auf die Teilhabe alter und pflegebedürftiger Menschen setzen.

Dazu gehört ein Investitionsprogramm im Umfang von 140 Millionen DM für den Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege sowie für den Umbau herkömmlicher Heime, damit individuelle Wohnformen möglich werden.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um die Kommunen zu entlasten, werden die komplementären ambulanten Dienste bis 1999 mit 67 Millionen DM gefördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nicht die Schließung - wie es eine Falschmeldung aus dem Erzbistum Münster behauptete -, sondern der Ausbau von Kindertagesstätten steht auf der Agenda der Landesregierung. Die Investitions- und Betriebskostenförderung wird so gestaltet, daß endlich - endlich! - zum 1. Januar 1999 der Rechtsanspruch der Kinder ab drei Jahren auf einen Kindergartenplatz erfüllt wird. Wir bleiben aber dabei, daß davon unabhängig die Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder ausgebaut werden muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwerpunkt der Koalitionsvereinbarung im Bereich Jugendpolitik ist die Verabschiedung, ein Gesetz zur Jugendarbeit, zur Jugendsozialarbeit und

zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu verabschieden. Gleichzeitig soll die Jugendhilfeplanung auf kommunaler Ebene verbindlich geregelt werden.

Meine Damen und Herren! Von knapp dreieinhalb Milliarden DM vor zwei Jahren hat das Bonner Kabinett die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf nur noch zwei Milliarden DM gekürzt. Es ist klar, daß das Land nicht Ausfallbürge für die ausbleibenden Bundesmittel sein kann; dennoch wird Rot-Grün auch 1997 wieder mindestens 27 000 neue Wohnungen fördern.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Dafür stehen 2,9 Milliarden DM bereit.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das sind 10 Prozent weniger als im letzten Jahr!)

Wir wollen, daß niemand in NRW obdachlos bleibt. Deshalb haben wir ein neues Förderprogramm für Wohnungslose geschaffen. Erste Mittel hierfür werden voraussichtlich im Oktober abfließen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Geradezu ein Markenzeichen rot-grüner Flüchtlings- und Migrationspolitik ist die Härtefallkommission geworden, die beim Innenministerium eingerichtet wurde.

(Heinz Paus [CDU]: Na ja!)

Während Herr Paus - er ruft schon unqualifiziert dazwischen - und Frau Hussing schon vor der ersten Sitzung die Auflösung dieser Kommission forderten, genießt sie bei den Kirchen, bei den Sozialverbänden, bei den Menschenrechtsorganisationen und zuletzt sogar in einer Sendung der "Lindenstraße", in der darauf hingewiesen wurde, wie positiv diese Einrichtung ist, allergrößte Anerkennung, Herr Paus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Dr. Bajohr, darf ich Sie einmal unterbrechen: Wollen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Paus zulassen?

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Nein, ich komme mit meiner Zeit nicht hin.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Das ist nicht der Fall.

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Paus, möchte ich der Kommission für ihre Arbeit und ihr Engagement danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Land fördert darüber hinaus die Flüchtlingsberatung und hebt die Pauschale um ein Drittel an, die die Gemeinden zur Betreuung von Flüchtlingen erhalten.

Zur Stärkung der Rechtsstellung von Migrantinnen und Migranten schaffen wir ein Landeszentrum für Zuwanderung. Es soll zur Überwindung von Diskriminierungen in unserer Gesellschaft beitragen, Diskriminierungen, die leider teilweise auch von der CDU ausgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bereich der Justiz sollen Versöhnung und Einsicht an die Stelle von Rache und Vergeltung treten. Deshalb wird der Täter-Opfer-Ausgleich, den wir 1996 geschaffen haben, im kommenden Jahr mit gut zwei Millionen DM fast verdoppelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wollen wir helfen, Kriminalität frühzeitig zu verhüten; wir wollen helfen, die legitimen Interessen der Opfer von Straftaten besser zu berücksichtigen.

Auch die Maßnahmen zur Haftvermeidung und zur Haftentlassenenhilfe zeigen Erfolge: Wir konnten den Anstieg der Zahl inhaftierter Menschen stoppen. Der Haushaltsentwurf geht sogar davon aus, daß sich die Zahl der Gefangenen in Nordrhein-Westfalen um 500 vermindern wird.

(Roland Appel [GRÜNE]: Erstmalig!)

Besonders freue ich mich, daß nun - nach dem vergeblichen Anlauf im Frühjahr, der ja zu einer gewissen Verstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen geführt hatte, Kollege Walsken - vorgesehen ist, Justizvollzugsbeamte des mittleren Dienstes, wenn sie bestimmte Funktionen ausüben, in den gehobenen Dienst zu überführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Ernst-Martin Walsken [SPDI])

Wir übersehen dabei aber nicht, daß es in anderen Ressorts ähnlich gelagerte Fälle gibt. Beispielsweise arbeiten in den Staatlichen Umwelt-

ämtern zahlreiche Bedienstete des mittleren Dienstes ebenfalls an verantwortlicher Stelle. Hier sollten wir zu ähnlichen Lösungen kommen wie im Bereich des Justizvollzuges. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bleiben gute Ausbildungsstätten und die Chancengleichheit für alle. Steigende Schüler/innenzahlen und gleichzeitig schwerwiegende Einbrüche bei den Steuereinnahmen stellen die Koalition allerdings vor nie dagewesene Herausforderungen.

Unsere erste Leistung: Es werden keine Stellen im Lehrerbereich gestrichen. Für jede ausscheidende Lehrkraft tritt eine neue ihren Dienst an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite Leistung: Zur Abdeckung des Unterrichtsbedarfs im Umfang von gut 10 000 zusätzlichen Stellen haben wir nicht einfach die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer linear erhöht, sondern ein differenziertes Konzept vereinbart. Diese Differenzierung hätte es - das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen - ohne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sicher nicht gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eckpunkte des Konzepts sind der Unterrichtseinsatz von Lehramtsanwärtern/innen, eine zeitlich befristete, nach Schulformen differenzierte Pflichtstundenerhöhung - zum Teil mit Ausgleich in späteren Jahren -, eine maßvolle Reduktion der Stundentafel, die Option auf weitere Vorgriffseinstellungen sowie der Ausbau des Programms "Geld statt Stellen". (D)

Nachdrücklich begrüßen wir den Start des Programms "Verlässliche Halbtagschule von acht bis eins". Wir sind davon überzeugt, daß die verlässliche Betreuung der Grundschülerinnen und Grundschüler an den Vormittagen helfen kann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir befürchten allerdings, daß aufgrund der knappen Zuweisungen zugleich ein Tor für ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geöffnet wurde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen prüfen, was hiergegen getan werden kann.

An den Hochschulen stockt Rot-Grün die Mittel für studentischen Wohnraum und für die Graduiertenkollegs auf. Das Innovationsprogramm Forschung, mit dem wir neue Prioritäten auf den Feldern der sanften Chemie, der regenerativen Energien und des umweltverträglichen Verkehrs fördern wollen, wird um 4 Millionen DM verstärkt.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Was noch fehlt, ist der weitere räumliche, personelle und sächliche Ausbau der Hochschulen. Wir müssen prüfen, inwieweit solche Wünsche durch Kürzungen an anderer Stelle zu befriedigen sind. Immerhin sieht der Haushaltsentwurf vor, den weiblichen Nachwuchs an den Hochschulen verstärkt zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sehr Frauenpolitik zum wichtigen Eckpfeiler rot-grüner Reformen wird, zeigt sich daran, daß der Sachhaushalt der Gleichstellungsministerin im Entwurf 1997 im Vergleich zu 1995 um 18,7 Millionen DM angehoben worden ist. Wir wollen damit weitere Frauenberatungsstellen schaffen, die Regionalstellen "Frau und Beruf" fördern, Frauenhäuser, Selbsthilfegruppen und die Landesgeschäftsstelle "Gewalt gegen Frauen und Mädchen" unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die schrecklichen Berichte über sexuellen Mißbrauch und die profitgierige Vermarktung von Sexualverbrechen an Kindern - nicht nur in Belgien - verpflichten uns, noch mehr zu tun, damit derartige Scheußlichkeiten wirksam bekämpft werden können.

- (B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Koalition prüft, wie Hilfen bei sexueller Gewalt Eingang in ein Jugendförderungsgesetz finden können. Weil dieses Ergebnis nicht sogleich zu haben ist, sieht der Haushaltsentwurf aktuell vor, Zufluchtsstätten für mißbrauchte Kinder und Jugendliche zu fördern, Opfern von Frauenhandel und Zwangsprostitution zu helfen sowie ausstiegswillige Prostituierte zu unterstützen. Wir werden in den Haushaltsberatungen anregen, diese Anstrengungen auch finanziell erheblich zu verstärken. Wir denken, daß wir mindestens dies den Kindern schuldig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Diegel, Sie sehen: Diese Koalition arbeitet erfolgreich am rot-grünen Reformkurs. Diese Koalition ist besser als ihr Image.

Herr Diegel, nun haben Sie meine Befürchtungen hinsichtlich der Neuverschuldung zu einem zentralen Punkt Ihrer Rede gemacht, sozusagen versucht, mich als Kronzeugen aufzurufen.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Wollen Sie das dementieren?)

Ich gebe zu: In der Tat machen uns Schulden und die Neuverschuldung große Sorgen. Nordrhein-Westfalens Schulden beliefen sich Ende Juni auf rund 130 Milliarden DM. - und das, obwohl die Nettoneuverschuldung von 6,2 Milliarden DM 1994 unter Rot-Grün auf 6,0 Milliarden DM in diesem Jahr zurückgeführt werden konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stimmen mit dem Finanzminister in dem Ziel überein, die Nettokreditaufnahme am Ende dieser Wahlperiode auf 1 Milliarde DM zu senken.

(Lachen bei der CDU)

- Man darf natürlich etwas pessimistischer sein, als es der Finanzminister ist. Gerade deshalb fühlen wir uns ja dazu verpflichtet, das Konsolidierungsziel nicht nur wie eine Monstranz vor uns herzutragen, sondern die tatsächliche Entwicklung von Gesamt- und Neuverschuldung kritisch zu verfolgen. Gerade deshalb müssen wir uns Gedanken machen über Alternativen zum Anstieg der Neuverschuldung.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Alternativen sind aber keine .....Einnahmeverbesserungen!)

- Herr Matthiesen, gerade deshalb müssen wir über mögliche Konsequenzen steigender Staatsschulden und über Gegenstrategien nachdenken.

Herr Diegel, eines wollen wir dabei klar festhalten: Der Hauptgrund für die steigende Schuldenlast des Landes liegt nicht hier in Düsseldorf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er thront in Bonn und heißt Kohl.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelner Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Nicht der Finanzminister unseres Landes hat die öffentlichen Kassen geleert, sondern die von Ihnen beklatschte Bundesregierung!

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Und obwohl ein Land kein Steuerfindungsrecht besitzt, obwohl wir keine Steuererhebungsautonomie haben, ist der Abbau der Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen mit größerem Erfolg betrieben worden als in den anderen Bundesländern und vor allen Dingen auf Bundesebene.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)



Meine Damen und Herren, Verschuldung bedeutet, daß ein wachsender Teil der Steuereinnahmen für Zinsen und Tilgung aufgewendet werden muß. 1995 mußte der öffentliche Gesamthaushalt 131 Milliarden DM aufwenden, um die Zinsausgaben zu bewältigen. Im Klartext heißt das: Ohne die aufgelaufenen Schulden könnten sämtliche Haushalte der Bundesrepublik positiv abschließen. Statt dessen nehmen die Ansprüche des Schuldendienstes von Jahr zu Jahr zu.

1997 wird die Zinslastquote - also der Anteil des Schuldendienstes am Gesamtvolumen des Haushalts - in Nordrhein-Westfalen 9,5 % betragen. Das ist zwar wesentlich besser als im Vergleich zum Bund - Herr Diegel, dort beläuft sich die Zinslastquote nämlich auf 15,8 % -, ist aber - das gebe ich zu - für uns kein Trost.

Die steigenden Zinslasten schnüren die Politik ein. Das gilt nicht nur im Bund, sondern leider auch für rot-grüne Landes- und Kommunalpolitik. Die steigenden Zinslasten erschweren den Abbau der Massenerwerbslosigkeit, sie erschweren soziale Reformen, sie erschweren den ökologischen Umbau. Zu Recht hat deshalb das Bundesverfassungsgericht an die finanzpolitische Pflicht gemahnt, der

"Gefahr entgegenzuwirken, daß sich ein stetig wachsender Schuldensockel bildet, der schließlich die Fähigkeit des Staatshaushaltes, auf die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu reagieren, in Frage stellt."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Ursache für die schwierige Situation des Landeshaushalts sind die Verpflichtungen aus dem Länderfinanzausgleich. In diesem Jahr zahlt Nordrhein-Westfalen 2,4 Milliarden DM; 1997 muß es 3,7 Milliarden DM an den Länderfinanzausgleich abführen.

Trotzdem! Ich behaupte: Mit diesen Belastungen würden wir schon fertig. In den 50er und 60er Jahren hat NRW mit seinen Ausgleichsleistungen Bayern vom Agrarstaat in die Moderne katapultiert; da werden wir heute nicht vor fünf neuen Ländern kneifen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Ernst-Martin Walsken [SPD] sowie des Klaus Matthiesen [SPD])

Zentral für unsere offenkundigen Schwierigkeiten sind nicht die anderen Länder. Zentral sind erstens die verheerende Massenerwerbslosigkeit

und zweitens die Steuergeschenke an die Unternehmen, an die Reichen, die Superreichen und die Neureichen in diesem Land. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Bundesregierung ist verantwortlich für 7 Millionen fehlender Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Heidemarie Berger [SPD])

Sie ist verantwortlich für 120 000 fehlende Ausbildungsplätze und für den Zusammenbruch des dualen Systems in der Berufsausbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Heidemarie Berger [SPD])

Sie ist verantwortlich für 3,9 Millionen registrierte Arbeitslose; das ist die höchste Arbeitslosigkeit seit Weimar.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Heidemarie Berger [SPD])

Sie ist verantwortlich für 200 000 Obdachlose. Sie ist verantwortlich für 2,5 Millionen fehlende Wohnungen. Und, Herr Dautzenberg, sie ist verantwortlich für die Armut von 2,2 Millionen Kindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da frage ich Sie: Schämen Sie sich nicht? (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Bonner Koalition aus Kabinett und Kapital ist verantwortlich dafür, daß den öffentlichen Haushalten durch Massenerwerbslosigkeit und durch die Ausbreitung privater Armut Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe verlorengehen.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Damit endlich wieder investiert wird, empfiehlt uns eine Allianz aus Bundesregierung und Bundesbank, aus Arbeitgeberverbänden und Sachverständigenrat, sogenannte soziale "Besitzstände" zu schleifen, Löhne, Renten und Ausbildungsvergütungen einzufrieren, Tarifverträge mit dem Ziel zu brechen, sie schließlich generell aus ihrer sogenannten "Erstarrung" zu befreien, Arbeitszeiten zu verlängern - dazu haben wir ja auch von Herrn Diegel wieder einmal etwas gehört - und die Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben weiter zu senken.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Das Ergebnis dieser Politik, Herr Diegel, ist eine vorher nie dagewesene Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche und Arme, in Gewinner und Verlierer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zahllosen Steuergeschenke an Gutverdienende und Unternehmen haben dazu geführt, daß das Volumen der Körperschaftsteuer seit 1980 um 15 % sank und das Volumen der veranlagten Einkommensteuer sogar um 62 % zurückging. Gleichzeitig wuchs das Lohnsteueraufkommen um 153 %.

(Zuruf des Leo Dautzenberg [CDU])

Und während die reale Nettolohnsumme in Westdeutschland seit Beginn der Bonner Koalition nur um 12 % zugenommen hat, explodierten die Nettogewinne der Unternehmen um fast 181 %.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die privaten Haushalte haben inzwischen ein Geldvermögen von fast 4,7 Billionen DM angehäuft. Das sind rein rechnerisch pro Einwohnerin oder pro Einwohner rund 57 000 DM: ein schöner Betrag, mit dem sich jede oder jeder von uns so einige Wünsche erfüllen könnte.

- (B) Aber unter den Spielregeln der Systemveränderer von rechts, Herr Dautzenberg, läuft das natürlich anders: Nur 6 % dieser Riesensumme entfallen auf Ostdeutschland; 94 % entfallen auf den Westen. Eine kleine Oberschicht von 10 % der Haushalte verfügt über fast die Hälfte dieser Billionensumme, während sich die untere Hälfte der Haushalte mit gerade mal 2 % des "Kuchens" begnügen muß.

Und trotzdem, trotz dieser lehrbuchhaft guten Angebotsbedingungen rutschte die Investitionsquote unter den Stand der 60er und 70er Jahre. Das beweist: Die Gewinne von heute sind nicht die Investitionen von morgen und schon gar nicht die Arbeitsplätze von übermorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Heidemarie Berger [SPD])

Dazu - Sie mögen es ja nicht glauben - ein paar Beispiele:

In nur einem Jahr explodierten Thyssens Gewinne um 760 %. Gleichzeitig reduzierte der Konzern die Zahl seiner Beschäftigten um fast 4 %.

(Zuruf von der CDU: Sie haben vorher 1,5 Milliarden DM Verlust gemacht!)

- Dann nehmen wir ein anderes Unternehmen! - Preussag steigerte seinen Gewinn um 70 %. Die Belegschaft schrumpfte um gut 6 %. Bayer hat seine Gewinne um 20 % gesteigert. Die Beschäftigung sank um 3 %. Opels Gewinne kletterten immerhin um 18 %. Trotzdem entstanden auch bei Opel keine Arbeitsplätze. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging um fast 4 % zurück.

Anstatt jetzt endlich einzugestehen, daß die rücksichtslose Bereicherung der Reichen und die Vorzugsbehandlung der Unternehmen, der großen Unternehmen, zu nichts anderem geführt haben als zum Anschwellen der Massenerwerbslosigkeit, zur Niederwalzung sozialer Rechte, zur weiteren Verschwendung knapper Ressourcen und zur Überschuldung der öffentlichen Haushalte, werden Henkel und Stihl, Waigel und Rexrodt jetzt noch maßloser. Sie pochen darauf, daß die Nettogewinne der Unternehmen immer noch nicht ausreichen, obwohl sie sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben.

"Wie ein Faß ohne Boden fordern sie immer weiter massive Verschlechterungen arbeitsrechtlicher und sozialer Standards",

wobei ihnen

"alle Argumente nützlich" sind, "die den Druck auf die Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und das Soziale erhöhen, ganz gleich, ob sie wahr oder falsch sind."

(Zuruf: Ach nee!)

- Sie brauchen nicht "Ach nee" zu rufen, denn diese Zitate stammen von Peter Keller, dem stellvertretenden Vorsitzenden, und Wolfgang Vogt, dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Heidemarie Berger [SPD])

Ich frage Sie, Herr Diegel: Warum reden Sie, warum redet die CDU-Fraktion immer um den heißen Brei herum? Warum haben Sie nicht den Mut, sich hierhin zu stellen und zu sagen: "Jawohl, wir von der CDU wissen, daß die Gewinne der Unternehmen exorbitant gestiegen sind? Wir Christdemokraten wissen, daß die Geldvermögen der Produktionsunternehmen inzwischen größer sind als deren Sachvermögen. Wir von der CDU wissen, daß die Netto-Kapitalrendite in Deutschland so hoch ist wie zu den besten Vollbeschäftigungszeiten. Wir Christdemokraten wissen auch, daß

dadurch keine Investitionen ausgelöst und keine Arbeitsplätze geschaffen werden."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt dessen reden Sie von der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und von sinkender Investitionskraft.

Wenn man die Kassandrarufer, die Sie dauernd ausstoßen, ernst nimmt, dann gibt es eigentlich nur eine vernünftige Schlußfolgerung - und die lautet: Nach 14 Jahren CDU/F.D.P. in Bonn ist Deutschland wirtschaftlich völlig unattraktiv geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wenn in Deutschland zu wenig investiert wird, liegt das nicht an zu hohen Sozialhilfesätzen oder an der Vermögensteuer. Dann liegt es erstens daran, daß die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ausbleibt, weil die Reallöhne stagnieren und weil die Arbeitslosigkeit auf die Massenkaufkraft drückt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann liegt es zweitens daran, daß infolge der Auszehrung der Staatshaushalte auch die öffentliche Nachfrage sinkt. Drittens liegt es daran, daß die Auslandsnachfrage weitgehend ausgeschöpft ist. Und viertens liegt es daran, daß die Bundesregierung es versäumt hat, für die Unternehmen - vom kleinen Handwerksbetrieb bis hin zum Großkonzern - einen verlässlichen Rahmen für rentable Investitionen in den ökologischen Umbau, in Umweltschutz- und Energiespartechiken und in die Verkehrswende zu schaffen.

Es ist das Ergebnis liberal-konservativer Politik, daß sich Unmengen deutschen Kapitals - Kollege Trinius hat es schon erwähnt - aus der Realwirtschaft verabschieden. Es ist das Ergebnis liberal-konservativer Politik, daß die Kapitaleigentümer darauf spekulieren müssen, ihre Profite statt durch Realinvestitionen durch den Handel mit Aktien, Devisen und Optionen vervielfachen zu können.

Herr Diegel, das hat alles nichts mit internationalem Wettbewerb oder mit einer Standortkrise zu tun, das hat zu tun mit dem verfassungswidrigen Umbau des Sozialstaats in einen Staat des Kapitals.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist auch nicht die Schuld von Rot-Grün, sondern das Ergebnis der liberal-konservativen Umverteilung von unten nach oben, daß Massenerwerbslosigkeit und Steuergeschenke die Staatsfinanzen zerrütten. (C)

Obwohl die Bundesregierung die sozialen Transfers in den letzten Jahren massiv zusammengestrichen hat, obwohl die Sozialstaatsquote - trotz deutscher Einheit - von 33 % unter Helmut Schmidt auf 29 % zurückgefallen ist, fehlen den öffentlichen Haushalten die Mittel zur Erfüllung dringender Aufgaben.

Deshalb und nicht, weil etwa das sogenannte Anspruchsdenken der Bevölkerung maßlos geworden wäre, fehlen die Mittel für Kindertagesstätten und Konfliktberatungsstellen, für eine menschenwürdige Anhebung der Sozialhilfesätze und für einen wirklichen Schub bei Investitionen in den Schienenverkehr.

Anstatt den steuerrechtlichen Status quo ante Kohl wiederherzustellen - dies, Herr Clement, würde auch zum Teil Ihre Frage beantworten "Was soll man tun?" -, flüchtet die Politik in die Staatsverschuldung. Dadurch aber - und das, meine sehr verehrten Damen und Herren ist der zentrale sozial- und verteilungspolitische Einwand gegen die Staatsverschuldung - verstärkt sich der Prozeß der Umverteilung von unten nach oben. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind ja vor allem liquide Produktionsunternehmen, vermögende Privathaushalte und Kapital-sammelstellen, die dem Staat Kredite gewähren - Kredite, deren Zinseinkünfte häufig nicht versteuert werden, weshalb der Staat weitere Kredite aufnehmen muß, die wiederum von der breiten Masse der Lohn- und Verbrauchsteuerzahler/innen bedient werden müssen, während die in Geld schwimmenden Kreditgeber Steuersenkungen genießen und clevere Berater - die anscheinend auch in der WestLB sitzen - ihnen beim Steuer-gestaltungsmißbrauch helfen.

Getreu dem Motto "Geld kann man nie genug haben" schraubt die Bonner Koalition ihre Ansprüche immer weiter in die Höhe. F.D.P.-Solms und der wegen Steuerhinterziehung einschlägig vorbestrafte Graf Lambsdorff wollen den Spitzensteuersatz auf 35 % gesenkt wissen. Sie sagen auch gleich dazu, wer die damit verbundenen Ausfälle bezahlen soll, nämlich die Sozialhilfeemp-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) fänger, die Arbeitslosen und die Arbeitnehmerschaft über die Mehrwertsteuererhöhung und über die Erhöhung von Verbrauchsteuern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In brutaler Eindeutigkeit weist Wolfgang Schäuble alle Gedanken an eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums oder auch an die Senkung des Eingangssteuersatzes zurück. Er sagt ganz klar, daß er ausschließlich die oberen Einkommensklassen entlasten will.

(Leo Dautzenberg [CDU] schüttelt den Kopf.)

- Sie schütteln den Kopf. Lesen Sie einmal das "Handelsblatt" - eine gute Empfehlung!

Die Vermögensteuer - darin sind sich alle Protagonisten der rechten Szene einig - soll natürlich ersatzlos fallen, ebenso die Gewerbesteuer.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Mit Ersatz!)

Diese neuerliche Gabe an die Superreichen muß finanziert werden. Deshalb wird die versprochene Erhöhung des Kindergeldes gekappt. Das ist eine Form der Familienpolitik, die mich persönlich anwidert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Für NRW verheerend ist, daß die Steuersenkungspläne des Bundes überwiegend zu Lasten der Länder gehen. Sollte das Jahressteuergesetz 1997 wie geplant in Kraft treten, dann sanken die Einnahmen aller öffentlichen Haushalte 1998 um 14,7 Milliarden DM, davon bei den Ländern um 9,7 Milliarden DM.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Ausgleichsmaßnahmen!)

- Dafür gibt es keine Ausgleichsmaßnahmen; die sind nämlich von den Koalitionsfraktionen nicht vorgesehen.

Solche bundespolitischen Entscheidungen drücken die Länder an die Wand. Die Frage ist: Was kann Landesfinanzpolitik unter solchen Rahmenbedingungen überhaupt noch leisten? Wann ist eigentlich der Punkt gekommen, an dem der föderale Aufbau der Bundesrepublik zur Farce wird?

Sicher, Herr Diegel, Sie haben es gesagt: Man kann sparen. Da frage ich nur: Wo soll gespart werden? BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Anfang dieses Jahres einen Kassensturz vollzogen, weil wir wissen, daß die Grundsätze wirtschaftli-

cher und sparsamer Haushaltsführung ein nie dagewesenes Gewicht erhalten. Wir haben alle Einzelpläne Titel für Titel durchgearbeitet. Und wir haben einige Millionen gefunden, die man einsparen könnte. Wir denken zum Beispiel an die Planungskosten für die Bundesfernstraßen, an den Landesstraßenbau, an Unternehmens- und Messe-subsidienten, an den Verfassungsschutz ---

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ja, ja!)

- Ja, Herr Matthiesen, wollen Sie vom Verfassungsschutz überwacht werden?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ja, ja, das sind die üblichen Dinge, die uns nicht weiterbringen. Das bringt uns nur in Konflikte!)

Wir denken an sächliche Verwaltungsausgaben, Ausstattungen, Ausrüstungen und Fahrzeuge.

Aber das reicht längst nicht aus, die Milliarden-Verluste auszugleichen, die von Bonn verursacht werden. Das muß man zugeben.

Deshalb ist dringender als sonst die Verpflichtung, das Land vor Verlusten durch Steuerhinterziehung zu schützen. Die Deutsche Steuergewerkschaft spricht von jährlichen Einnahmeverlusten für Nordrhein-Westfalen in Höhe von 27 Milliarden DM. Auf dem Hearing zum Thema "Steuerhinterziehung", das die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am letzten Freitag veranstaltet hat, haben die Referent(inn)en aus Wissenschaft und Praxis diesen Befund im wesentlichen bestätigt.

(Helmut Diegel [CDU]: Ja, aber so nicht!)

- Sie waren ja gar nicht die ganze Zeit da.

Niemand ist so naiv zu glauben, daß diese 27 Milliarden DM vollständig hereingeholt werden könnten. Es müßte aber möglich sein, mittelfristig wenigstens ein Drittel davon hereinzuholen. Wenn wir davon die Beträge abziehen, die in den Länderfinanzausgleich fließen und die an den Bund und an die Gemeinden abzuführen sind, blieben noch ungefähr 2 Milliarden DM übrig. Wir meinen, daß diese stolze Summe einige Mühen wert ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

vor allem dann, Herr Finanzminister, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Betriebsprüfungsfrequenz in Nordrhein-Westfalen hinter der in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz hinterherhinkt.

(Zuruf: Bemerkenswert!)

Das ist eine neue Information der Zeitschrift "Impulse"; von Ihrem Haus konnte ich eine solche Information nicht erhalten.

Wir begrüßen es sehr, daß die Steuerfahndung in einer Konzentration der Kräfte den Schlag gegen vermutliche Steuerbetrüger bei der WestLB führen konnte. Zu befürchten ist nun aber, daß anderswo Fahndungsprüfer fehlen.

Wir wollen nicht vorverurteilen, aber unter moralischen Gesichtspunkten ist es schon eine Frage, wie weit wir gekommen sind, wenn selbst eine Staatsbank verdächtigt werden kann, dem Staat Geld vorenthalten zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit hier und an anderen Tatorten wirksam - und vor allem: effizienter - gearbeitet werden kann, erwarten wir für das Haushaltsjahr 1997 entsprechend dem Koalitionsvertrag erhebliche Verstärkungen bei Steuerfahndung und Betriebsprüfung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem muß der Länderfinanzausgleich reformiert werden. Denn daß der Finanzminister eines Zahlerlandes wenig Neigung verspürt, Personalkosten zu verstärken, damit trittbrettfahrende Empfängerländer mitkassieren können, ist sicher nicht richtig, aber ich halte es für verständlich. Deshalb muß der subtilen Wirtschaftsförderung durch laxer Steuerprüfung bundesweit Einhalt geboten werden. Wir denken, daß die Motivation erhöht würde, wenn die aus Betriebsprüfungen und aus der Steuerfahndung erzielten Mehrsteuern nicht in den Länderfinanzausgleich eingingen, sondern im Land verbleiben dürften.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen kann niemals die Einnahmeverluste ausgleichen, die infolge der fortwährenden Steuergeschenke entstanden sind. Was Nordrhein-Westfalen, was unsere Bundesrepublik braucht, ist eine andere Politik im Bund. Statt Kohl und Waigel brauchen wir 1998 Lafontaine und Trittin. Wir brauchen einen neuen Konsens über die Reichumsverteilung und über die Kapitalverwertung in diesem Land.

Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für eine ökologische Entwicklung, an der sich die Unternehmen dauerhaft orientieren können. In solchen Rahmenbedingungen und nicht im blindwütigen Konkurrenzkampf noch um den letzten unproduktiven und unökologischen Arbeitsplatz liegen ungenutzte Renditeerwartungen, hier liegen

die Potentiale für die Rückgewinnung der Investitionskraft Privater und der Gebietskörperschaften. (C)

Es ist dringend nötig, das Volksvermögen in der Realwirtschaft zu halten und die Freigabe von Kapital an die Spekulationswirtschaft ebenso zu stoppen wie die Demontage des Sozialstaats.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege Dr. Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Appel?

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Aber gern.

(Unruhe - Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Bitte schön.

**Roland Appel (GRÜNE):** Herr Kollege Bajohr, weil Sie die sicher dringend notwendige Ablösung der Bundesregierung durch eine rot-grüne Bundesregierung angesprochen haben, frage ich Sie: Würden Sie mir zustimmen, daß die dann entstehende Koalition sicher für eine quotierte Spitze sorgen würde?

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit) (D)

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Dies mag durchaus richtig sein. Aber, Kollege Appel, wie Sie wissen, hat die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zeit keine quotierte Spitze.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Eine deutliche Antwort!)

Ich sage noch einmal: Es ist dringend nötig, das Volksvermögen in der Realwirtschaft zu halten und die Freigabe von Kapital an die Spekulationswirtschaft ebenso zu stoppen wie die Demontage des Sozialstaats. Daraus erwachsen Chancen für die Revitalisierung von Wirtschaft und Finanzen und für die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung im Land. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich darf mich beim Redner bedanken und noch einmal ganz kurz erklären, warum manchmal die Mikrofonanlage ausfällt. Es wurde eine neue Anlage eingebaut. Bei ihr scheint es gewisse Schwierigkeiten zu

(Vizepräsidentin Dr. Grüber)

(A) geben, die aber hoffentlich bis morgen beseitigt sind. Ich bitte bei allen um Verständnis.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

**Heinz Schleußer, Finanzminister:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zeitgleich laufen die Haushaltsplanberatungen in Bonn. Was wäre das für eine Chance für diese Opposition in Nordrhein-Westfalen, wenn sie bei der von ihr verantworteten Finanzpolitik gute Beispiele dafür geben könnte, wie man es denn machen sollte. Herr Kollege Diegel, das wäre Ihre Chance gewesen. Sie haben mit einer einzigen Ausnahme keinen Gebrauch davon gemacht.

Ich finde, es hat einen guten Grund, daß Sie so sparsam mit Vergleichen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung waren. Dies deshalb, weil Sie keinen Punkt nennen können, in denen der Bund besser als Nordrhein-Westfalen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die Zinsquote, das gilt für die Kreditfinanzierungsquote, das gilt für den Schuldenstand. Es gibt wirklich keinen Eckpunkt, bei dem Sie uns die Bundesregierung vorhalten könnten.

(B)

Sie führen an, es gebe eine Ausnahme, nämlich die Steigerungsrate, in der Nordrhein-Westfalen mit den 0,9 % originärer Landessteigerung höher läge als der Bund. Ich sage Ihnen dazu: Das ist zunächst einsichtig, wenn Sie sehen, wie der Bund seine Ausgaben heruntergefahren hat.

Da sind den Ländern - vorwiegend den neuen Bundesländern - 5,5 Milliarden DM an Investitionshilfen gekürzt worden. Da werden 8 Milliarden DM z. B. bei der Arbeitslosenhilfe gekürzt - sicherlich nur eine vorläufige Veranstaltung, weil wieder nachgelegt werden muß. Da erhält das Bundeseisenbahn-Vermögen 3 Milliarden DM weniger, da gibt es im Energiebereich bei der Steinkohle eine Milliarde DM weniger.

Und da ist noch eine Besonderheit zu erwähnen, Herr Kollege Diegel, aus der Sie ausgerechnet noch ableiten, daß der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht der Verfassung entspräche. Ich kann Ihnen nur sagen: Das passiert in Ihrer Phantasie, weil Sie es genau da ableiten, wo es um die Regionalisierung der Bahn geht.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Denn Sie wissen, Herr Kollege Diegel - Sie müßten wissen, sage ich vorsichtshalber -, daß die Mittel, die der Bund für Verlagerung seiner Aufgaben auf Länder und Kommunen zur Verfügung stellt, bei ihm keine Ausgaben sind, sondern daß er dafür die Mineralölsteuereinnahmen absenkt.

(Helmut Diegel [CDU]: Aber nur sieben Prozentpunkte herunter!)

Ich sage: die Mineralölsteuereinnahmen absenkt, nicht als Ausgabe deklariert. Natürlich bringt es Veranschlagungsprobleme mit sich, wenn man einen solchen - ich will vorsichtig sagen - unorthodoxen Weg in der Haushaltspolitik geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen davon ausgehen, daß das, was wir an die Gemeinden durchleiten, zumindest zu einem guten Teil investiv und nur zu einem Teil konsumtiv veranschlagt werden kann.

Insoweit sehe ich ganz gelassen den Beratungen in den Ausschüssen entgegen, wenn es darum geht, ob dieser Haushalt der Verfassung entspricht oder nicht. Ich sage Ihnen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen noch einige 100 Millionen DM von der Verfassungsgrenze entfernt; unser Haushalt ist auf der richtigen Seite.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Diegel, wenn Sie denn schon bei Bund/Länder-Vergleichen sind: Da gibt es ja ein anerkanntes Indiz dafür, wie das eigentlich aussehen muß: Wer verbraucht was an Staatsquote? Wenn wir das einmal über eine längere Zeit betrachten, so hat Nordrhein-Westfalen 1981 noch 12,8 % des in Nordrhein-Westfalen Erwirtschafteten als Staatsausgabe gehabt. 1995, also im letzten Haushalt, sind es noch 10,8 % gewesen. Das bedeutet ein Herunterfahren unseres Anteils für den staatlichen Verbrauch. Hätten wir den Anteil des Jahres 1981 gehalten, wäre dieser Haushalt, Herr Kollege Diegel, um 16,6 Milliarden DM höher.

Anders sieht das beim Bund aus. Der Bund hat seine Anteile hochgefahren, nicht nennenswert, was die Prozentsätze angeht: von 15,4 auf 16,6 im gleichen Zeitraum. Der kleine Unterschied ist nur: Wäre der Bund bei seiner Staatsquote geblieben, stünden im Bundeshauhalt 41,9 Milliarden DM mehr zur Verfügung.

(Zuruf des Leo Dautzenberg [CDU])

- Das ist immer so ein Problem. Ich bin bisher immer davon ausgegangen, Herr Kollege Dautzen

berg und Herr Kollege Diegel, daß zumindest die Finanzpolitiker näher an der Wirklichkeit sind, daß sie Realitäten wahrnehmen und es vorsichtshalber den Vorsitzenden ihrer Fraktionen überlassen, die Wahrheiten in Nordrhein-Westfalen mit dem ideologischen Brett vor dem Kopf zu bewerten. Das ist normalerweise nicht Sache der Finanzpolitiker.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei der SPD  
- Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Nein, Herr Kollege Linssen, dem Kollegen Matthiesen habe ich derartige Vorwürfe nicht zu machen.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

- Wenn Sie bereit wären zuzuhören, könnte ich Ihnen ein Beispiel dafür liefern. Aber auch da habe ich heute wieder Probleme mit Ihnen bekommen. Eine der richtigen Aussagen, die Sie getroffen haben, war, daß ich genau vor einer Woche hier an diesem Pult gestanden habe.

(Heiterkeit bei der SPD)

Als ich darstellte, welche Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten das Land Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu den übrigen Ländern leistet, gab es einen Zwischenruf, Herr Kollege Linssen: Da haben Sie vom Nachholbedarf geredet. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß es mit der finanzpolitischen Kompetenz in diesen Fragen nicht ganz so weit her ist.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Nein, Betriebsausgaben! Wenn der Zuruf den Investitionen gegolten hätte, wäre das ja richtig gewesen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: War es auch!)

Aber Ihr finanzpolitischer Sprecher - Sie sind da in guter Gesellschaft - hat das selbst nach einer Woche Bedenkzeit heute wiederholt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Er hat gesagt, wir in Nordrhein-Westfalen gäben pro Kindergartenkind 2 800 DM Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten, das sei doppelt soviel wie in den anderen Ländern - das ist auch richtig -, und er beruft sich auch da auf Nachholbedarf. Das sind Betriebsausgaben, konsumtive Ausgaben, die wir pro Kopf der Kinder in Kindergärten leisten! Insoweit wäre zumindest bei den weiteren Beratungen eine Korrektur notwendig.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Matthiesen? (C)

Heinz Schleißer, Finanzminister: Aber sicher.

Klaus Matthiesen (SPD): Ich habe eben gespürt - wie Sie hoffentlich auch -, daß sich der Herr Oppositionsführer im Plural - hinsichtlich der Fraktionsvorsitzenden - gut aufgehoben fühlte. Hätten Sie die Liebenswürdigkeit, den Plural vielleicht etwas mehr zu differenzieren?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege Matthiesen, ich hatte das gemacht. Ich glaube, normalerweise können auch Fraktionsvorsitzende konsumtive Ausgaben von Investiven Ausgaben trennen. Nur dem Kollegen Linssen war das nicht geglückt, und seinem finanzpolitischen Sprecher ist das heute auch nicht geglückt. Das war eigentlich mein Ansatzpunkt.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, Herr Dr. Linssen hat sich ebenfalls zu einer Zwischenfrage gemeldet. (D)

Heinz Schleißer, Finanzminister: Aber sicher.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Minister Schleißer, können Sie sich vorstellen, daß Ihre ganze Volte, die Sie jetzt angelegt haben, als Schuß in den Ofen losgeht, wenn Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie meinen Zwischenruf von voriger Woche offensichtlich nicht richtig verstanden haben. Ich habe vorige Woche genau gesagt: Bei den Investitionen haben wir erheblichen Nachholbedarf. Könnte es sein, daß Ihnen vielleicht ein Hörfehler unterlaufen ist?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege Linssen, Sie glauben gar nicht, wie gut ich hören kann. Wenn Sie sich das Protokoll ansehen, werden Sie feststellen, daß Ihr Zwischenruf gezielt bei den Betriebsausgaben und nicht bei den investiven Ausgaben gekommen ist.

(Heinz Hardt [CDU]: Das wird versetzt gedruckt! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Minister Schleißer)

- (A) - Das wird versetzt gedruckt, Herr Kollege Hardt. Warum haben Sie das denn nicht zumindest dem Kollegen Diegel weitergegeben, damit er den Fehler heute hätte korrigieren können? Das wäre doch schon eine Hilfe gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister ---

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ich wollte noch ein wenig reden, aber wenn Sie noch eine ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es ist meine Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, daß Kollege Schemmer sich zu einer Zwischenfrage gemeldet hat. Sie können dann entscheiden, ob Sie die Frage beantworten wollen oder nicht.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ja, ich beantworte sie.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Schemmer.

(B)

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister, da Sie offensichtlich Spezialist für Investitionsfragen sind und eben auch die Dinge, die das Land auf dem Gebiet unternimmt, so schön erklärt haben, ist meine Frage die: Nach dem GVFG zahlt im kommunalen Straßenbau der Bund zwar seine 75 %, das Land seine 5 % jedoch nicht. Würden Sie daraus schließen, daß das Land hier in einer besonderen Weise investitionsfreundlich tätig ist?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Ich halte die Aussage, die in Ihrer Frage lag, für absurd. Wir komplementieren Bundesmittel so, wie es sich gehört.

(Helmut Diegel [CDU]: Aber nicht durch die Haushaltssperre!)

- Ja, das ist auch eine spannende Veranstaltung, Herr Kollege Diegel! Sie klagen hier an, man müsse die Verschuldung absenken, man müsse sparsamer haushalten. Doch aus keiner Fraktion liegen mir so viele Schreiben vor, Ausnahmen von

der Haushaltssperre zuzulassen, wie gerade aus Ihrer Fraktion. Ein beredtes Beispiel!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So ist das mit dem Schein und der Wirklichkeit.

(Zurufe von der CDU)

Nun, die Verschuldung ist immer wieder gern diskutiertes Thema der Opposition. Das ist unstrittig.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Hoffentlich auch Ihr Thema!)

- Ich rede immer wieder davon und darüber, was wir tun müßten, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Aber ich sage: Sie müssen das auch einpassen in das, was bundesweit und europaweit möglich ist. Es ist richtig: 121 Milliarden DM Ende 1995, vermutlich 127 Ende 1996. Diese absoluten Zahlen stimmen. Aber sie haben eigentlich keinen Aussagewert, weil Vergleichsmaßstäbe herangeholt werden müssen; denn wir vergleichen ja auch nicht absolute Zahlen beispielsweise mit dem Saarland oder mit den anderen Ländern.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Je nachdem!)

Wir haben mehr Einwohner, Herr Kollege Linssen, als alle fünf neuen Länder zusammen. Wir sind stolz auf unser schönes großes Land. Nur, dann müssen wir gemeinsam zusehen, daß die absoluten Zahlen auch da ihre Position haben.

Ich finde, wir waren eigentlich doch einig, daß die Maastricht-Kriterien ein vernünftiger Maßstab sein müßten. Bewerten Sie einmal Nordrhein-Westfalen anhand dieses Maßstabes! Bei der Schuldenaufnahme, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind es 3 %. Ich hatte Ihnen beim letzten Mal dargelegt, daß wir davon 0,8 % in Anspruch nehmen. Akzeptieren wir die Waigelsche Meinung, daß diese 3 % hälftig verteilt werden sollen, sind wir beispielsweise im Gegensatz zum Bund immer noch dabei, ein gutes Stück europäische Verantwortung zu übernehmen.

Oder nehmen Sie die Obergrenze der Schulden bei 60 % des Bruttoinlandsproduktes! Wir hatten in Nordrhein-Westfalen 1995 ein Bruttoinlandsprodukt von 772 Milliarden DM und damit knapp 16 % unserer Obergrenze erfüllt, selbst mit den Gemeinden, was ja richtig ist. Wenn wir die hinzunehmen, sind es 1995 sogar 23 % gewesen. Auch da sind wir von der Hälfte ein ganzes Stück entfernt und können dem Bund auf diese Weise helfen, dem Ziel von Maastricht ein wenig näherzukommen.



Kollege Trinius hat es gesagt, beim Länderfinanzgleich sind 3,4 Milliarden DM und damit 30 % des gesamten Gleichsvolumens aus nordrhein-westfälischen Kassen. Das ist ein Mehr an Beteiligung und ein Mehr an Hilfen, aber keineswegs eine Aussage über ein finanzschwaches, sondern vielmehr eine über ein finanzstarkes Land.

Wenn ich mir hin und wieder Oppositionspolitiker anhöre, fällt mir sehr häufig Bert Brecht ein, der einmal gesagt hat: "Da macht uns ein Geschwätz nicht satt und auch kein Trommeln dazu." - Ich will Ihnen damit nur sagen: Wenn ich jemanden ernst nehme, so ist es sicherlich ein Rating-Institut, das Seriosität und Bonität eines Landes oder einer Bank zu beurteilen hat. Standard & Poors hat noch vor einem Jahr gesagt, Skepsis sei angebracht, weil die mittelfristige Finanzplanung in Nordrhein-Westfalen in ihrer Zielsetzung zu ehrgeizig sei.

Vor wenigen Wochen hat dasselbe Institut festgestellt, ungeachtet der konjunkturellen Belastung und der Strukturprobleme sei die Finanzpolitik derzeit und in der Zukunft von strikter Disziplin und von soliden Haushaltsabschlüssen geprägt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Besonderes Augenmerk verdiene dabei die erreichte Senkung des Verschuldungsgrades, weil das ins Verhältnis gesetzt wurde. - Ich finde, das ist mehr wert als Angriffe der Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, Herr Kollege Linssen, mir wäre auch ein schnelleres Absenken möglich und nötig erschienen. Nur, wenn ein Wanderer auf einem Weg vor einem Erdbeben steht und einen Umweg macht, können allein Bösemeinder ihm vorhalten, er weiche vom Weg ab.

Wir werden in der Mittelfristigen Finanzplanung unser Ziel erreichen - da bin ich ganz sicher -, wenn es denn entsprechende Unterstützung, was die Steuergesetzgebung angeht, in Bonn geben wird.

In einer Pressekonferenz unmittelbar vor diesen Haushaltsplanberatungen hat der Kollege Linssen gemeint, man kapituliere vor roten Zahlen und grünen Begehrlichkeiten. - Das ist ein sicherlich nettes Wortspiel, aber nicht viel mehr; denn der Finanzminister kapituliert vor nichts; nicht vor roten Zahlen und erst recht nicht vor unhaltbaren Behauptungen der Opposition.

Ich habe, Herr Kollege Linssen und Herr Kollege Diegel, 4,4 Milliarden DM Situationsverschlechterung im Haushalt erwähnt. Dies macht eine geringfügige Erhöhung der Nettokreditaufnahme gegenüber den bisherigen Planungen notwendig. Aber allein diese Relation beweist nach meinem Dafürhalten den entschiedenen Willen der Landesregierung, den Haushalt 1997 im Griff zu behalten, wie das auch in früheren Jahren der Fall war.

(C)

Da sagen Sie, wir hätten nicht genügend gespart, und es gäbe ja noch ausreichend Möglichkeiten. Es gibt eine Finanzplanung. 1993 haben wir erstmalig eine Finanzplanung gehabt, die das Jahr 1997 mit umfaßte. Da stehen für 1997 geplante Ausgaben von 93,8 Milliarden DM. Jetzt stehen im Haushaltsentwurf 89,9 Milliarden DM. Das sind 4 Milliarden DM weniger, als wir 1993 für 1997 vorgesehen haben. Ich finde, das ist ein deutlicher Beleg dafür, daß man Haushalte sparsam fährt, wie wir das in Nordrhein-Westfalen machen.

"Grüne Spielwiesen": Herr Kollege Bajohr - den haben Sie ja auch zitiert - hat mir vorgehalten, daß man da überproportional gekürzt habe. Ich habe jetzt die Rede des Kollegen Bajohr gehört und festgestellt, daß sie eher noch übererfüllt sein könnten. Wir werden bei Gelegenheit noch darauf zurückkommen.

(D)

(Lachen bei der CDU)

Die Personalausgaben sind immer wieder ein beliebtes Thema der Opposition. Wir haben einen Zuwachs von 0,8 %. Herr Kollege Diegel, es ist richtig, ich gehe von den Soll-Zahlen aus, um diese Steigerung von 0,8 % darzustellen. Ich erinnere mich allerdings daran - und auch Sie sollten sich daran erinnern -, daß Ihr Fraktionsvorsitzender mir in der ersten Lesung des 96er-Haushalts vorgeworfen hat, da sei eine Unterveranschlagung bei den Personalkosten zu befürchten. Wenn man knapp ein Dreivierteljahr später noch einmal darüber redet, sollte man in Erinnerung haben, was ein Dreivierteljahr zuvor gesagt worden ist. Ich kann mich daran erinnern, daß Sie mir vor Tarifbewegungen immer gute Ratschläge mit auf den Weg geben, was ich denn eigentlich in Stuttgart erreichen sollte.

(Helmut Diegel [CDU]: Das ist doch nett!)

- Das ist nett, finden Sie. Wenn ich dann gute Ergebnisse mit allen anderen erziele, sollten Sie das auch einmal lobend erwähnen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(Minister Schlieußer)

- (A) Natürlich sind die Personalausgaben wie bei allen Ländern das große Problem. Ich habe das in der Einbringungsrede auch zum Ausdruck gebracht. Das ist bei allen anderen Ländern auch so. Wir wissen, daß Schule, Hochschule, innere Sicherheit, Justiz- und Finanzverwaltung rund 93,5 % der Personalausgaben binden.

Ich bin schon ein wenig verwundert, Herr Kollege Diegel, wenn Sie so pauschal sagen, 1 % entspricht 3 000 Stellen jährlich in Abgang - auch in den genannten Bereichen? Oder wollen Sie aus den verbleibenden 6,5 % des Gesamtpersonalbestandes Ihre 3 000 Stellen aufbringen? Dann möchte ich wissen, wie das realistischerweise geht. Wir brauchen also auch dort ein bißchen mehr Realismus.

Das gilt auch für Ihr Argument, daß im Haushalt 6 000 Stellen mehr vorhanden sind als noch 1990. Auch das stimmt. Das sind 3 000 Stellen mehr bei den Universitäten, 3 000 Stellen mehr im Schulbereich und 1 300 Stellen mehr bei der Polizei. Das sind zusammen nicht 6 000, sondern 7 300 Stellen allein in diesen Bereichen. Bisher habe ich von Ihnen nicht gehört, daß wir bei der Schule, bei der Hochschule oder bei der Polizei kürzen sollen. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie, als wir bei der Polizei um etwa 1 200 Stellen aufstockten, beklagt, daß es eigentlich 7 500 Stellen sein müßten. Aber so ist das immer: Die Finanzpolitiker beklagen, und die Fachpolitiker legen zu.

- (B)

Ich habe immer wieder gesagt, Nordrhein-Westfalen ist keine Insel, und wir müssen sehen, wie es in den übrigen Flächenländern aussieht. Wenn ich die Personalausgabenquote mit der in den anderen finanzstarken Ländern vergleiche, mit Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen, so hat Bayern eine Personalquote von 41,4 %, Baden-Württemberg 40,9 % und Hessen 42 %. Wir in Nordrhein-Westfalen hatten eine Quote von 40,1 %. Hätten wir in Nordrhein-Westfalen ähnlich viel für Personal ausgegeben wie die anderen Flächenländer, so wären unsere Personalausgaben im Durchschnitt Jahr für Jahr 3,6 Milliarden DM höher.

Wenn Sie noch Informationsbedarf haben, kann ich das auf die einzelnen Länder beziehen. Mit Bayern verglichen hätten wir um 2,5 Milliarden DM höhere Personalausgaben, mit Baden-Württemberg hätten wir um 4,4 Milliarden DM höhere Personalausgaben, und bei Hessen könnten wir Jahr für Jahr 4,7 Milliarden DM zulegen. Wir ma-

chen das nicht, weil wir das für unangemessen halten. Wir müssen mit den Personalkosten herunterspielen.

Eine alte Leier, Herr Kollege Diegel, ist auch der Investitionsrückgang. Ich hatte Ihnen beim letzten Mal dargelegt

(Helmut Diegel [CDU]: Das ist ein Trauerspiel!)

- das haben Sie heute auch wieder ignoriert -, daß der formale Rückgang ausschließlich veranschlagungsbedingt ist, weil wir von den Investitionszuweisungen zu den Schlüsselzuweisungen gegangen sind. Das macht ganz genau diese 600 Millionen DM aus, wie sich sehr schnell und einfach feststellen läßt, und ist kein absoluter Rückgang.

Aber Sie hätten ja auch den Bund einmal wieder als Beispiel nehmen können

(Helmut Diegel [CDU]: Das habe ich ja!)

- Ja. -, der aber deutlich seine Investitionen absenkt im Gegensatz zu unseren Zahlen.

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch eine kurze Anmerkung zu dem, was zur Steuerreform gesagt worden ist, und zu meinen angeblichen Differenzen zu Schwanhold. Ich bin mit dem Kollegen Schwanhold einer Meinung, daß wir auch die Unternehmen zu undifferenziert besteuern, Herr Kollege Diegel. Aber Sie haben nun einmal eine selektive Wahrnehmung der Dinge. Daß die Unternehmen die niedrigste Steuerbelastung in der Geschichte der Bundesrepublik haben, ist keineswegs eine Erfindung des Finanzministers Nordrhein-Westfalens - wir können das auch über andere Wege belegen -, sondern das hat die Bundesregierung gegenüber dem Bundestag erklärt. Ich hoffe, daß der Kollege Diegel zumindest wahrnimmt, was die von der CDU geführte Bundesregierung gegenüber dem Parlament erklärt. Insofern ist Ihre Aussage auch an dem Punkt falsch.

Daß wir eine vernünftige Steuerreform brauchen und von den Subventionstatbeständen wegmüssen, habe ich detailliert dargelegt. Ich bin froh darüber, daß meine Partei im Gegensatz zu Ihrer Unterstellung meine Vorschläge zur Grundlage der Beratungen mit der Bundesregierung gemacht hat - ohne jeden Einzelpunkt zu übernehmen.

Ich bin gespannt, ob bei dieser Beratung mit der Bundesregierung der großartigen Vielzahl von Tarifmodellen auch die Grundlage gegeben wird,

damit Tarifmodelle überhaupt neu gemacht werden können. Ich bin sehr gespannt!

Zur WestLB, Herr Kollege Diegel, wollte ich eigentlich nichts sagen. Ich fand treffend, was Herr Kollege Trinius dazu ausgeführt hat. Ihre Aussage, "nichts gewußt und ahnungslos", ist wirklich eine Unterstellung. Ich habe Ihnen gesagt, daß hier in Nordrhein-Westfalen alles nach rechtsstaatlichen Grundsätzen vollzogen wird, daß es keine Beeinflussung von Behörden und keine politischen Weisungen in dieser Frage gibt. Dabei bleibe ich. Wir werden - das kann ich Ihnen zusagen -, wenn die Ergebnisse vorliegen, nicht vorher, darüber zu diskutieren haben.

(Helmut Diegel [CDU]: Wir müssen darüber reden!)

Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, Herr Kollege Bajohr, daß wir uns nach der Untersuchung der Festsetzungsfinanzämter überlegen, in welchem Maße die Außenstellen aufgestockt werden können. Das gilt zunächst für die Betriebsprüfung, allerdings auch für die Steuerfahndung.

Ein Schlenker, den Sie dabei hatten, ist nicht ganz so stichhaltig gewesen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen nur dann die niedrigsten Überprüfungszeiträume, wenn Sie die bei uns aussortierten Nullprüfungen mit betrachten. Wir in Nordrhein-Westfalen sind da zu einer wesentlich effektiveren Betriebsprüfung gekommen und schicken Betriebsprüfer nicht an Stellen, an denen nach wochenlanger Prüfung das Ergebnis Null ist.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Anfang der Beratung des Haushalts 1997. Wir werden im Haushalts- und Finanzausschuß und auch in den Fachausschüssen miteinander zu ringen haben. Wir werden in der zweiten Lesung eine kurze Bewertung vornehmen und den Haushalt im Dezember verabschieden.

Korrekturbedarf am Haushalt bei der dritten Lesung wird es in Nordrhein-Westfalen nicht geben. Auch da werden wir uns wohltuend vom Bund unterscheiden, der bereits bei der ersten Lesung erheblichen Korrekturbedarf selbst signalisiert.

(Minister Dr. Michael Vesper: So ist es!)

Wir sind auf einem sicheren Weg und bleiben dabei.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Danke schön. - Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich diesen **Beratungsblock**.

(C)

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstimmen über die **Überweisung** des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung **Drucksachen 12/1200 und 12/1201**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Überweisung gegen zwei Stimmen **beschlossen**.

Ich rufe nun den Beratungsblock

## II. Gemeindefinanzierungsgesetz

auf und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Leifert das Wort.

Albert Leifert (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, die Kommunen in die Lage zu versetzen, eigene und übertragene Aufgaben zu erfüllen. Die Kommunen sind auf die Solidarität des Landes angewiesen. Sie benötigen ausreichende Handlungsspielräume. Beim Standardabbau haben wir gehandelt. Durch pauschalierte Zuwendungen vereinfachen wir den Verwaltungsablauf ganz erheblich."

(D)

(Minister Franz-Josef Kniola: Bravo!)

Das sind Zitate aus der Rede des Innenministers bei der Einbringung. Das waren seine wohlklingenden, aber unzutreffenden Worte. Die Tatsachen im Lande sind andere. Reden und Handeln fallen beim Innenminister meilenweit auseinander.

Die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens stehen vor der größten finanziellen Herausforderung der Nachkriegsgeschichte. In den Vermögenshaushalten der Städte und Gemeinden werden Investitionen radikal zurückgefahren. Innerhalb der kommunalen Verwaltungshaushalte haben sich die Defizite auf 3,9 Milliarden DM in 1995 gegenüber 1,4 Milliarden DM in 1994 fast verdreifacht. Leistungen für Sport, Kultur und